

# Breslauer



# Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementssatz, in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf.  
außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Anzeigengebühr für den Raum einer  
kleinen Seite 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
beamten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag  
wöchentlich, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 349. Morgen-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Berlag.

Donnerstag, den 22. Mai 1890.

## Reise-Abonnements auf einzelne Wochen

werden jederzeit für In- und Ausland auf die „Breslauer Zeitung“ angenommen.

Die Abonnements-incl. Porto-Gebühr beträgt für das Deutsche Reich und Österreich 1 M. 10 Pf., für das Ausland 1 M. 30 Pf. pro Woche. Die Versendung erfolgt unter Streifband und finden Aufenthalts-Aenderungen jederzeit Berücksichtigung.

Überweisungen von hier abonnierten Zeitungen nach auswärts erfolgen durch die Expedition (Postgebühr im Mai 1 Mark), von bei der Post abonnierten Zeitungen durch diejenige Postanstalt, bei welcher das Abonnement stattfindet. Überwiesene Exemplare sind vom Post-Amt, bei dem auch alle Beschwerden über Unregelmäßigkeiten in der Zusendung anzubringen sind, abzuholen; falls die Sendung in die Wohnung gewünscht wird, ist dies bei der ersten Abholung ausdrücklich zu beantragen.

Expedition der „Breslauer Zeitung“.

## Amerikanisches.

Der zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten abgeschlossene neue Auslieferungsvertrag besteht bereits in voller Kraft, und Canada hat aufgehört, ein von den flüchtigen Verbrechern der Union bevorzugtes Asyl zu sein. Todtschläger, Metneidige, Kassendiebe und Diebautanten, kurzum, alle Galgenvögel und Zuchthausandanten, die sich vor der zürnenden Gerechtigkeit der Yankee-Republik in Sicherheit bringen wollen, werden fortan nicht mehr in Canada eine Zuflucht finden. In Berücksichtigung eines von den Canadiens längst gehegten Wunsches, hätte man dem Vertrage rückwirkende Kraft verleihen müssen, und ein ganzes Heer durchgebrannter Bankdirectoren wäre dann unfreiwillig in das ihnen einst so holde freie Land der Union zurückgekehrt. Doch ein guter Anfang ist gemacht, und die wackelig gewordenen Stützen der Gesellschaft werden sich künftig nach irgend einer der südamerikanischen Republiken wenden müssen, wo es keine Champagner-Diners „mit freundlicher Bedienung“ und sonstige für Lebemann unentbehrliche Genüsse gibt.

Leider wurde die durch jenes Uebereinkommen erwachte Freude einigermaßen gestört, und das haben die neuesten Vorgänge im Congress gethan. Seit dem Ende des Bürgerkrieges lichtete der Tod die Reihen der ehemaligen Unionstreiter ganz beträchtlich, und doch wuchs von Jahr zu Jahr die Zahl der an die nationale Erkenntlichkeit gestellten Ansprüche. Warum? Diese Frage beantwortete Herr Stone von Missouri im Repräsentantenhaus, als er mit läblichem Überzeugungsmuth erklärte, daß noch nie ein Volk unter dem Deckmantel des Patriotismus so schändlich bestohlen und betrogen worden sei, wie das der Vereinigten Staaten. Die um die Gunst der „Großen Armee“ buhlenden Geschäftspolitiker beider Parteien wetteiferten im unablässigen Schmieden neuer Versorgungspläne. Die Einen wollten den in die Hände der Rebellen gefallenen „Unglückslichen“ eine Entschädigung für die im Richmonder Libby-Gefängnisse oder anderwärts erduldeten Qualen auswirken; die Anderen forderten eine Pension für jeden über fünfzig Jahr alten Unionssoldaten, der nach mindestens sechzigjährigem Kriegsdienst mit Ehren entlassen wurde. Das höchste leistet jedoch die einst von Cleveland verworsene, kürzlich aber wieder aufgetischt und vom Senat im Wesentlichen angenommene „Dependent Pension Bill“, die nicht nur allen arbeitsfähigen (vielleicht auch arbeitsfreuen) Kriegsveteranen des Heeres und der Flotte, sondern sogar den mittellosen Angehörigen der bereits verstorbenen „Helden“ eine Pension bewilligt. Sollte sie, wie zu erwarten steht, die Mehrheit des Repräsentantenhauses ebenfalls für sich haben und vom Präsidenten unterzeichnet werden, so würde dies den Bundeshaag um etwa 130 Mill. Dollars pro Anno erleichtern. Da nun aber beide Häuser des Congresses auch eine Subvention der Dampfer-Linien beabsichtigen, so wird, selbst ohne eine Herabminderung der Zölle und Steuern, ein Überschuss der Einnahmen sehr bald nicht mehr vorhanden sein.

Ein anderer, der Erwähnung würdiger Gegenstand ist die Tarif-Bill des Schuhschölers Mc. Kinley, der, wie es scheint, auch von mancher Zollreduktion, die sich mit den Interessen der Landesindustrie sehr wohl vertragen würde, nichts wissen will. Die Proteste kommen von allen Seiten. So erklärten beispielsweise die aus den Südstaaten hervorgegangenen republikanischen Mitglieder des Congresses, des Parteicommandos spotten und sich mit ihren demokratischen Collegen verbinden zu wollen, um die Besteuerung des doch wahrlich nicht mehr zu den Luxusartikeln gehörigen Tabaks zu bekämpfen.

Bei Staub wirbeln die Schulzwangsgesetze auf, durch die man neuerdings unsere Landsleute in Illinois und Wisconsin erzürnte. Da mehr das Deutschthum Amerikas sich zu fühlen beginnt und je stolzer es sein Kraftbewußtsein im politischen wie im sozialen Leben zur Schau trägt, desto heftiger wird es von jenen Fremdenhasern angefeindet, die mit den im geheimen Schnapsgenuss verkommenen Wasserkreuzen gemeinsam vorzugehen pflegen. Vor keiner Lüge zurückstehend, behaupteten sie, daß es die Absicht der Deutschen sei, ihren Kindern das Erlernen der Landessprache zu erschweren, und erzwangen einen Ufa, der ausdrücklich besagt, daß der Lehrer seinen Jöglingen gegenüber sich fortan nur des Englischen bedienen dürfe. Damit wollten sie Alles in die öffentlichen Unterrichtsanstalten hineindrängen und den von der Opferwilligkeit der Deutsch-Amerikaner gegründeten Privatschulen, deren schönste Aufgabe es ist, die Liebe zur alten Heimat dauernd zu erhalten, den Garas machen. Daß diese Institute sich vor allem angelegen sein ließen, die englische Sprache gut und gründlich zu lehren, kam für jene Fanatiker nicht in Betracht. Vergebens rief ihnen ein deutscher Journalist des Westens die inmitten einer fürrischen Knownothing-Bewegung von Abraham Lincoln gesprochenen Worte zu: „Wenn es jemals dahin käme, daß die weisen Einwanderer wie die Neger entrichtet werden sollten, dann würde ich nach Russland fliehen, wo man den Despotismus ungeschminkt haben kann ohne den niederträchtigen Überzug der Heuchelei!“

Unter den traurigsten Ereignissen im „Lande der Freiheit“ steht die alltäglich sich wiederholende Vergewaltigung anständiger Bürger in großer Masse durch ein winziges Häuslein übermäßiger Geldprozen. Bekanntlich hat der Congress entschieden, daß die geplante Weltausstellung in

Chicago stattfinden soll. Mit erstaunlicher Geschwindigkeit hatte die blühende Metropole des Westens den vorschriftsmäßigen Garantiefonds von 5 Mill. Dollars zusammengebracht, und die Herren Actionäre erschienen nun in pleno, um das Directorium zu wählen. Dabei geschah es, daß 25 Millionäre, die das hübsche Stümchen von 4 325 000 Dollars gezeichnet hatten, die übrigen 28 000 Localpatrioten, die am Reibetrag beteiligt waren, mit einer bereits fertig gestellten, ohne Weiteres anzunehmenden Directorenliste überraschten. Daß sie damit nicht durchdrangen und sich denn doch zu einigen Änderungen verstehten mußten, war zumeist das Verdienst des Ex-Mayors Carter H. Harrison, der in einem wohlangebrachten Strafferman von der landessüblichen Derbheit den weitesten Gebrauch mache.

So wurde ein großes Unternehmen gesichert, dem die Stadt New York alle nur erdenklichen Schwierigkeiten bereit hatte. Nach dem Siege Chicagos rückte sie mit den Waffen des Neides an. Sie verlangte, daß der völlig genügende Garantiefonds verdoppelt werden sollte, obschon sie selbst vor sieben Jahren, als es sich darum handelte, das Centennium der im Pariser Friedensschluß anerkannten Unabhängigkeit durch eine von ihr zu veranstaltende Weltausstellung zu feiern, keine 100 000 Dollars aufzubringen vermochte. In allerjüngster Zeit zeigte sie wiederum diesen schmugigen Geiz, denn sie blieb taub für die an sie herangetretene Forderung, die französische Republik, deren kolossale „Statue der Freiheit“ auf Bedloes Island prangt, durch eine passende Gegengabe zu erfreuen. Nur einigen ihrer Bürgerinnen, die zunächst im engeren Kreise eine Collect eröffneten, ist es zu danken, daß der Ball ins Rollen gerieb.

Mithin sind auch New Yorks Damen einer Initiative in öffentlichen Angelegenheiten ebenso fähig wie die flimmberichtigen Frauen in Kansas, die nicht nur die wichtigsten Communalämter an sich zu reißen, sondern auch ihre kampfesmüden Ehemänner zu neuen Heldentaten zu begeistern wissen. Haben sie doch in Salina, einem bisher von republikanischen Muckern beherrschten Dertchen jenes Amazonenstaates, die lahmgelegte Demokratie wieder auf die Beine gebracht, um den auf einer Sitz im Schurzthe speculierenden Präsidenten des dortigen Temperenzvereins, einer hochmäsig, von Rassen- und Fremdenhass erfüllten Lady, die schimpfliche Niederlage zu bereiten. Die ihr gegenüber gestellte, erfolggekrönte Kandidatin war nämlich — ein pechschwarzes Negerweib.

B.

## Deutschland.

XX Berlin, 20. Mai. [„In jedem Bundesstaat“] muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist. So lautet der von der freisinnigen Partei in Gemeinschaft mit verschiedenen nationalliberalen Abgeordneten des Reichstages eingebaute Antrag, der, wenn er von jedem Bundesstaat spricht, in dem eine konstitutionelle Verfassung einzuführen sei, ausschließlich den Bundesstaat Mecklenburg im Auge hat. Der Antrag ist, ganz abgesehen von seinem materiellen Inhalt, schon dadurch interessant, daß man unter ihm die Namen Bennigsen und Richter in friedlicher Gemeinschaft neben einander sieht. Die Initiative zu dem Antrage lag bei der freisinnigen Partei, im Besonderen bei dem in Mecklenburg gewählten Abgeordneten, Dr. Pachnicke, der die deutschfreisinnige Fraktion zur Einbringung des Antrages zu bewegen gewußt, unterstützt durch die gleichfalls in mecklenburgischen Wahlkreisen gewählten freisinnigen Abgeordneten Dr. von Bar und Dr. Witte. Die nationalliberale Partei erinnerte bei dieser Gelegenheit erfreulicherweise wieder einmal an ihre liberale Vergangenheit, vor Allem daran, daß in früheren Jahren bereits der nationalliberale Abgeordnete Büsing durch Stellung eines ähnlichen Antrages versucht hatte, in Mecklenburg eine parlamentarische Verfassung zur Wirklichkeit werden zu lassen. Als Fritz Reuter seine „Stromid“ schrieb, da konnte er in seiner humorvollen Weise schildern, wie der Rittergutsbesitzer Pomichelkopp seinen höchsten Ehrengesicht darin sah, als „Landstand“ in Malchin einzuziehen und mit den Adligen zu des Landes — nein, zu des Großgrundbesitzes Wohl zusammen zu sitzen und zu raten. Die patriarchalischen Zustände aber, die Reuter vor mehr als einem Menschenalter in sitzengeschichtlich höchst interessanter Weise in seinem Hauptroman beschrieb, sie sind dem mecklenburgischen Volke mit der Zeit recht unbedeutend geworden, ja es haben sich mehr und mehr die Stimmen im Lande vervielfacht, die da meinen, diese Zustände seien unerträglich. Der Antrag der freisinnigen Partei und der namhaftesten Nationalliberalen, aus deren Reihen außer Bennigsen u. a. noch Miquel, Hammacher, v. Cuny den Antrag unterstützt haben, entspricht daher einem dringenden Wunsche der breiten Schichten der mecklenburgischen Bevölkerung. Die „Mecklenburgische Zeitung“ constatirt heute, daß der bei der letzten Reichstagswahl in Parchim seitens der Nationalliberalen und Frei-conservativen aufgestellte Kandidat v. Plötz-Barlow, der sich im Falle seiner Wahl den Frei-conservativen anzuschließen gedachte, sich ausdrücklich für die Einführung einer parlamentarischen Verfassung in Mecklenburg erklärt habe. Ende vorigen Jahres traten selbst die conservativen „Mecklenburger Nachrichten“ in einem schwachen, oder sagen wir lieber, in einem besonders erleuchteten Moment für eine Regelung der Verfassungsfrage ein. Die ständische Vertretung, deren sich Mecklenburg erfreut, und die nichts weiter ist, als ein staatlich organisierter Verband des Feudalismus, ist im Deutschen Reiche eine Anomalie, ein Anachronismus. Der Weg, welcher beschritten wird, um in dem bei seiner antediluvianischen politischen Verfassung gleichsam „in Gedanken siehengebliebenen“ Bundesstaat eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung ins Leben zu rufen, ist der unter den bestehenden Verhältnissen einzig mögliche. Eine „Revolution“ von unten können und sollen die Mecklenburger, die in der Zeit der politischen Umwälzung im Jahre 48 und in der folgenden Zeit den Anschluß an die constitutionellen Staaten verpaßt haben, nicht machen. Dazu sind sie einerseits zu gute Staatsbürger, und andererseits sind Änderungen gesetzlicher Zustände immer dann am sichersten für die Zukunft begründet, wenn sie sich auf gesetzlichem Boden vollziehen. Es muß also eine Einwirkung von „Oben“ Platz greifen. Reichsrecht bricht Landesrecht; von diesem Grundzusammenhang aus ist die mecklenburgische Verfassungsfrage praktisch allein in Angriff zu nehmen. Die Chancen des Antrages sind noch zweifelhaft. Es wird sich

darum handeln, ob das feudale Element im Centrum stark genug ist, um mit dem rechten Flügel des Reichstages eine Mehrheit gegen den Antrag zu bilden. Es wäre in diesem Falle allerdings das gesamte Centrum vonnöthen, und die linke Seite des Hauses müßte sehr schwach besucht sein, wenn der Antrag zu Hause kommen sollte. Wie sich der Bundesrat zu dem Antrag stellen würde, wäre abzuwarten. Bismarck ist nicht mehr da, und der neue Geist, der in den höheren Regionen walzt, hat uns vorläufig eine Reihe ungelernter Rätsel ausgegeben. Beweiskraftsreich ist, daß der Antrag über den Wahlmodus, nach welchem die zukünftige mecklenburgische Volksvertretung gewählt werden soll, keine Angaben macht. Die Mecklenburger werden sich, wenn ihnen von Reichswegen eine Aenderung ihrer idyllischen Verfassungszustände aufgegeben werden sollte, selber den Kopf darüber zu zerbrechen haben, ob sie sich das famose Dreiklassenwahlsystem der preußischen Monarchie oder ein den Bedürfnissen des neuzeitlichen Jahrhunderts besser angepaßtes Wahlrecht aneignen wollen. Die erfreulich große Anzahl von freisinnigen Stimmen, die bei der letzten Reichstagswahl in Mecklenburg abgegeben sind, beweisen, daß es in den Köpfen der Obotriten heller aussieht, als sich die Anhänger des veralteten feudalen Regimes je haben trauen lassen, und daß sie den Werth einer aus den Wahlen des Volkes hervorgegangenen parlamentarischen Vertretung wohl zu schätzen wissen. Zu dieser Erkenntnis würde sie längst, wenn keine anderen Erfahrungen vorlägen, die Ausübung des allgemeinen Stimmrechts geführt haben, zu der sie seit 1867 berufen sind.

[Gewerberäthe.] Nach einer Neuordnung, welche der preußische Handelsminister Frhr. v. Berlepsch in der Reichstagsitzung vom Dienstag ist, ist es unzweifelhaft, daß die Zahl der auf Grund des § 139 b der Gewerbeordnung angestellten preußischen Beamten, der sogen. Gewerberäthe, bald eine Erhöhung erfahren, und daß wohl schon in dem nächsten preußischen Estate eine Mehrforderung hierfür eingefordert werden wird. Die Berl. „Pol. Nachr.“ knüpft hieran folgende Bemerkungen: Das Institut der Fabrik-Aufsichtsbeamten hatte in der Gewerbeordnung von 1869 keine Aufnahme gefunden, obwohl in Preußen bereits früher, allerdings nur in einigen Bezirken, wie in Aachen, Düsseldorf, Arnsberg, besondere Fabrikinspectoren existierten. Erst die Gewerbeordnung von 1878 übertrug die Fabrikaufsicht besonderen, von den Landesregierungen zu ernnrenden Beamten. Die Zahl dieser preußischen Beamten hat schon in den letzten Jahren eine allmäßige Steigerung erfahren. Während noch im Jahre 1884 nur 18 Beamte auf Grund des § 139 b der Gewerbeordnung thätig waren, wurden in den letzten von den Gewerberäthen erstatteten Jahresberichten für 1888 deren 27 aufgezählt. Die Vermehrung war in vorgenommen, daß man den hauptsächlich belasteten Fabrikaufsichtsbeamten Assistenten zur Seite stelle. In Folge dessen blieben die Aufsichtsbezirke, welche den einzelnen Gewerberäthen unterstellt waren, die gleichen. Ob man bei der in Aussicht genommenen Neuvermehrung der Fabrikaufsichtsbeamten an dieser Praxis festhalten, oder einzelne Aufsichtsbezirke teilen wird, ging aus der Erklärung des preußischen Handelsministers nicht hervor. Jedenfalls ist die Vermehrung als eine Folge der Neuordnung der Gewerbeordnung anzusehen, und war nach Einbringung der Gewerbeordnungs-Novelle wohl zu erwarten. Die letztere erweitert und ergänzt ja nicht allein die Bestimmungen, deren Ausführung die Gewerberäthe überwachen sollen, sie gewährt auch dem Bundesrat die Vollmacht, die Thätigkeit der Gewerberäthe auf die Hausindustrie und einen Theil des Handwerks auszudehnen.

[Was man in Friedrichshafen denkt.] so beitielt sich der schon erwähnte Artikel des „Figaro“, der eine hämische Kritik der Bestrebungen des Kaisers enthält. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß eine Wiedergabe des Artikels in einem deutschen Blatte nicht möglich ist. Der „Figaro“ behauptet, seine Information von einem Vertrauensmann des Fürsten Bismarck erhalten zu haben. Die „Kölner Zeitung“ schreibt hierüber:

Der Artikel ist sehr häßlicher Natur und entzieht sich fast durchweg der Wiedergabe in einem deutschen Blatte. Er enthält eine sehr scharfe Kritik des Kaisers und seiner Bestrebungen, die so ziemlich in Bausch und Bogen als verfehlt dargestellt werden. Diese, theilsweise auch in der Form reflectivwirige Beurteilung, die in die Form von Aussprüchen des Fürsten Bismarck gekleidet ist, stellt den Kaiser als eine ruhelose, unbedacht an Allem rührende Persönlichkeit dar, die zuviel auf einmal erreichen wollte und deren große Jugend die sehr ersten Gefahren übersehen läßt, die sich an eine überstrebte Politik knüpfen. Als Urheber des Artikels wird vom „Figaro“ in einer Redactionsnote „einer der Intimen des Fürsten Bismarck“ genannt, der bis jetzt noch niemals den Auftrag gehabt hat, der Welt die Gedanken des früheren Kanzlers mitzutheilen. Wir möchten hoffen und glauben es auch, daß Fürst Bismarck einen so tactlosen Mann nicht zu seinen Intimen zählt und noch weniger damit beauftragt hat, seine Gedanken der Welt mitzutheilen“. Es kommt uns unwillkürlich die Vermuthung, obgleich wir dafür keinen Beweis haben, daß es sich um die journalistische Ausschaltung einer einzigen Unterredung handeln könne, obgleich wir lieber glauben wollen, daß der sehr „höse“ Artikel des „Figaro“ auf eine noch minder ernste Quelle zurückzuführen sei. Gutes kann diese ganze Geschichte nach keiner Seite hin schaffen und diese Andauer eines Zeitungskrieges, der auf den Fürsten Bismarck persönlich — mit Recht oder Unrecht — zurückgeführt wird, erfreut uns als ein tieftrauriger Vorgang, der niemanden nützen kann, aber eine schwere Verantwortung in sich birgt.

[Aus den Veröffentlichungen des französischen Journalisten Henri des Hour] im „Matin“ tragen wir noch einige interessante Einzelheiten nach:

Henri des Hour erzählt zunächst die Eindrücke, welche er von dem Wohnsitz des Gewaltigen gehabt hat. Es ist kein Dorf, sondern ein Herrenhaus; einige Häuser im Walde verstreut, rings um ein von Bäumen verhornten und von Mauern umgebene Herrenhaus herum; ferner eine Dampfsäge für Nutzbarmachung des Waldes und ein Pensionshaus für Engländer, welche zwar nicht mitgezüchtet werden, dafür aber die Waldbannenadelslust schlüpfen dürfen. Von diesem Hause aus richtete der französische Journalist seine briefliche Bitte an den Beherrschter dieses Walddorfes, von ihm empfangen zu werden; er erhält alsbald die von einem Diener deutlich vorgetragene Einladung des Fürsten: „Seine Durchlaucht bitten Herrn Henri des Hour, mit ihm zu speisen; um 6 Uhr, im Ueberrodt.“ Büßtlich stellt sich Henri ein, wird vom Grafen Herbert empfangen, der Frau Fürstin vorgezeigt, und dann erscheint der Fürst — alles erobert sich. Fürst Bismarck tritt auf Henri zu und sagt scherzend: „Seien Sie herzlich unter meinem Dache willkommen. Als ich hörte, daß Sie in diesen Wald gekommen seien, mich zu sehen, hatte ich Angst, daß Sie dem Hungertode preisgegeben seien würden. Das würde mich wirklich untröstlich gemacht haben, denn ich bin sicher, daß Sie außerhalb dieses Hauses nichts zu essen gefunden hätten. Ich bin übrigens entzückt. Bitte, führen Sie die Gräfin Lehnstorff zu Tisch.“ Der Fürst spricht ebenso gut französisch wie deutsch, aber sein Wort ist der Ausdruck einer sorgfältigen Gedankenarbeit. Das ist keine Improvisation, sondern ein Suchen nach vollendetem Form; manchmal ist man ver sucht, ihm das Wort zusuzustellen, welches ihm noch in der Kehle steckt. Aber er läßt keine solche Einschlüpfung zu; seine Lippen sprechen ein anderes Wort aus, und das ist das bessere, das beste, richtigste, ausdrucksvoileste, ein unanfechtbares Wort. Bekleidet war der Fürst mit einem bequemen Ueberrock, einer Weste mit schwarzen Knöpfen, über welche eine mehrmals um den riesigen Nacken

geschlungenen weiße Halsbinde ragt. „Seit zwanzig Jahren — möchte der Fürst — habe ich schon nach seinem Frack mehr verlangt. Wozu das? Bei mir daheim ist dieser Lederrock mein Gewand, und meine Freunde lassen es zu. Draußen, oder wenn ich einen amtlichen Empfang halte, trage ich den Militärrock. Ich habe auch als Reichskanzler einen sehr schönen Rock. Meine Frau hat ihn mir vor 20 Jahren machen lassen, als wir das Glück hatten, unsere Silberhochzeit zu feiern. Aber ich habe ihn niemals getragen; im letzten Augenblick entschied ich mich doch dafür, meinen Militärrock anzuziehen.“ Dem Fürsten Bismarck werden nahezu die Ehren eines Herrschers erwiesen. Bei Tisch sieht er ganz allein auf einem Lehnsstuhl an der Spitze der Tafel, die anderen Gäste, selbst die Fürstin, nur auf einfachen Stühlen. Er erhebt sich zuerst von der Tafel und nach der Mahlzeit begiebt er sich in feierlichem Aufzuge nach dem Salon, wo ihn abermals ein Lehnsstuhl und eine große Porzellan-Tafelpfoste erwarten. Einem Freunde des Hauses ist die Ehre vorbehalten, diese Bestecke zu stopfen, sie anzuzünden und, wenn nöthig, die Aschenverhältnisse mittels eines stumpfen Eisens zu reguliren. Die Gäste erhalten ausgezeichnete Havanna-Cigarren. Die Lebensweise des Fürsten ist gut geregelt. Er legt sich zu guter Stunde nieder und erhebt sich spät; gleichwohl schläft er wenig, denn die Nervenschmerzen quälen ihn. „Sonst,“ sagte Bismarck, „überwand ich es durch die Arbeit; jetzt habe ich nichts zu thun, und leide in Folge dessen . . . Meine gnädige Herrin, die Kaiserin Victoria, welche über unerhörliche Hilfsmittel aus der englischen Heilkunst verfügt, hat mir mehrere Mittel verschafft. Das waren Palliativmittel, die mir nicht besser geholfen haben, als ihr selbst, denn sie ist auch von gräßlichen Schmerzen geplagt, die sie manchmal ganz entstellen.“ Bismarck leidet auch an Rheumatismus, aber nicht sehr. Alle Nachmittage steigt er zu Pferde; ein kräftiger Gaul, aber fast zu klein für die wuchtige Gestalt des Fürsten. Von diesem Mitt halten ihn weder Regen noch Sonnenschein ab, und oft kommt er nach Hause „über und unten nah“. Bei Tische hat jeder Gast vier Gläser vor sich stehen. Eins ist bestimmt für den Champagner, eins für Bier, eins für geringen und eins für feineren Bordeaux. Diese Gläser werden sofort gefüllt und wenn die ersten Gerichte gereicht werden, wie Caviar und dergleichen, erhebt der Fürst das Champagnerglas auf das Wohl seiner Gäste. Nach der Suppe giebt er dem Kellermester seinen Auftrag, wie es ihm gerade einfällt. Er kennt seinen Keller sehr gut, obgleich die Schäze des selben auf Schönhausen, Barzin, Berlin und Friedrichsruh verteilt sind; es sind die ausgezeichneten Gewächse und Jahrgänge. Je weiter das Mahl fortschreitet, desto mehr Weine werden angebracht, so daß schließlich ein Dutzend Sorten auf dem Tische stehen, von Bordeaux und Burgund, vom Rhine und von dem sonnigen Syraeus. Der leichtere wurde uns vorgesetzt als ein Geschenk des Freundes Crispi. Heute Abend ließ der Fürst es sich angelegen sein, seinen Gästen die feinsten Weine Frankreichs vorzusezten, eine zarte Aufmerksamkeit. Er ließ seine Gäste, schreibt Henri des Hour ganz entzückt, an diesem Abend unter gelegnetes Land bewundern, achten und auch lieben. Er selbst trinkt auf ärztlichen Befehl nur Weizwein und macht nur eine Ausnahme bei rothem Schaumwein, der ebenso leicht und prickelnd ist wie Champagner. Gegen seine Gemahlin zeigt Fürst Bismarck die zarteste Aufmerksamkeit; er erweist der treuen Gefährtin seines ruhmreichen Lebens eine herzliche Verehrung. Die Fürstin walzt im Hause und in der Gesellschaft mit vollendetem Anmut. Auf den Fürsten übt sie einen sanften, aber sehr mächtigen Einfluss aus.

[Parlamentarisches.] Die VI. Commission des Reichstages hat in ihrer zweiten und dritten Sitzung die §§ 3—11 und den ersten Absatz des § 12 des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte, berathen. Der § 3 wurde mit einem Zusatze angenommen, wonach die Gewerbegerichte auch zuständig sein sollen: „4) für Streitigkeiten der Arbeiter untereinander, soweit diese Streitigkeiten zwischen bei demselben Arbeitgeber beschäftigten Arbeitern entstanden sind, und in einer gemeinsam übernommenen Arbeit ihren Grund haben.“ Der § 8, der von den Wählbarkeits-Erfordernissen handelt, wurde in Bezug auf die Armenunterstützung gemildert; es soll nach dem Beschlusse der Commission zum Mitgliede eines Gewerbegerichts nicht berufen werden können, wer in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat, und auch in dem Falle, daß er sie in diesem Jahre empfangen hat, wird er wieder wählbar, wenn er die empfangene Armenunterstützung nachträglich wieder zurückgezahlt hat. Dagegen wurden die Anträge, welche das für die Wählbarkeit erforderliche Lebensalter herabsetzen und das Erforderniß der zweijährigen Wohnung oder Beschäftigung im Bezirke des Gewerbegerichts abschwächen wollten, mit großer Mehrheit abgelehnt. Bei der Beurtheilung des vom Vorsitzenden handelnden Paragraphen 10 wurde zunächst von mehreren Mitgliedern der Regierungsvorschlag bekämpft, wos nach der Vorsitzende und sein Stellvertreter weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein dürfen. Es wurde geltend gemacht, daß durch dieses Verbot der Kreis der Personen, aus welchen der Vorsitzende zu nehmen sei, für manche Gegenden gar zu fein eingeschränkt werde; es könne nicht zu gegeben werden, daß ein solches Verbot nötig sei, um die Vorsitzenden vor dem Verdachte der Parteilichkeit zu schützen; so zugespielt seien die Glassengegensätze keineswegs überall, daß es nicht auch Gegenden gebe, in

# Bon der land- und forstwirthschaftlichen Ausstellung in Wien.

E. Wien, 20. Mat.

Grauer Boden und grüner Tuchbesatz geben kleidsame Trachten für Jäger und Waldhüter. Seit Mitte Mai halten Aufseher in so einsach farbigem Aufzug gute Wacht in dem schönsten Naturpark, dessen sich eine Großstadt berühmen kann, im Prater; die Notunde, das Vermächtniß der 1873er Ausstellung, ist das große Mittelstück der mächtigen Schaustellung aller Herrlichkeiten von Wald und Feld, von Flur und Schacht.

Landwirthschaftliche Maschinen und Geräthschaften geben den ernstesten Hintergrund; sehr muntere Abwechslung bringen in denselben Buden und Kosthallen, in welchen Alles, was Mutter Erde, Weiher und Teiche, Gebirge und Jagdgründe Eß- und Trinkbares zur Stelle schaffen, beisammen ist. Geschmackvolle städtische Koch- und Decorationskünstler liefern die gefällige, appetitliche Herausstaffierung der Rohstoffe, so daß Auge und Gaumen volle Bestiedigung und Sättigung finden können.

Auch an der rechten Staffage für solche Umgebung hat man es nicht fehlen lassen; von Woche zu Woche wechselnd soll zur Veranschaulichung gebracht werden, was da zwischen Himmel und Erde kreucht und fleucht; Geflügel-, Pferde-, Fisch- und Hundeausstellung machen den Anfang. In lustigen Hallen findet man deutsche und magyarische Pracht Hüten mit ihren ungeheurdigen Fohlen; in Käfigen, auf Ruhebetten hingestreckt, nach Thiermalern und Carricaturisten förmlich auffschreind, sind vereint zu schauen Pinscher, Bernhardiner, Vorstehhunde, irische Setters, Pudel u. aller Farben, Größen und Preise. Und nichts ist prächtiger, als den Wandervirtuosen der Hundeschau zu betrachten, der im Vollgefühle seines Werthes — den der Besitzer mit 25 000 Gulden taxirt — sich träge gähnend auf seine Polster hinkäkt und mit gelangweiltem Selbstgefühl den geziemenden Zoll bewundernden Augens über sich erheben lässt.

Nichts auch munterer, als die Pusztá-Rosse mit ihrem Bänder-schmuck in Schweiß und Mähne von ihren Pferdeknechten, die in echt ungarischem Csikós-Costüm herummarschirten, herausgeführt zu sehen, wie sie zum Gaudium von Jung und Alt — zumal von Jung — sich hochaufrichteten und Sprünge und Capriolen leistten, die dem Circus und Buffalo Bills Trost keine Unebene machen würden.

Um erquicklichsten in und an dem ganzen Getriebe bleibt aber der Riesenchauplatz des Wiener Praters mit seinen Baumgängen, die weder in den Casinien von Florenz, noch im Bois de Boulogne ihres Gleichen finden, mit seinen Tausenden von Karossern, Reitern und einzig schönen Frauen, mit seinem Durcheinander von Bauern- und Landestrachten, Alles überglänzt von einer Maiensonne, wie sie sonst die Dichter lebhafter besingen und herbeisehn als herbeizaubern. Denn diesmal hat uns der Lenz nicht so tödlich im Stich gelassen, wie 1873.

welchen Arbeitgeber seien, zu denen auch die Arbeiter das volle Vertrauen der Unparteilichkeit hätten. Trotz dieser Bedenken wurde das Verbot mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen. Ein von anderer Seite gestellter Antrag, daß der Vorsitzende und sein Stellvertreter die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienste haben müßten, wurde mit 12 gegen 4 Stimmen abgelehnt und schließlich der § 10 unverändert angenommen. Die Anträge, welche auch dem weiblichen Geschlechte das Wahlrecht geben, das erforderliche Lebensalter auf 21 Jahre herabsetzen und nur eine einjährige Wohnung oder Beschäftigung erfordern wollten, wurden abgelehnt. — Am Dienstag fuhr die Commission in ihrer Berathung fort. Bei § 14 kam ein Compromiß zu Stande, kraft dessen dieser Paragraph mit großer Mehrheit in folgender Fassung angenommen wurde: „Beschwerden gegen die Rechtmäßigkeit der Wahlen der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter, sowie der Beisitzer werden durch die höhere Verwaltungsbehörde entschieden. Die Wahl der Vorsitzenden und der Stellvertreter bedarf ihrer Bestätigung; Staats- oder Gemeindebeamte, welche ihr Hauptamt kraft landesherrlicher Ernennung, landesherrlicher oder staatlicher Bestätigung verwalten, sind, solange sie im Hauptamte verbleiben, von dieser Bestimmung ausgenommen. Sind Wahlen überhaupt nicht zu Stande gekommen oder wiederholt für ungültig erklärt, so ist die höhere Verwaltungsbehörde befugt, dieselben a. soweit sie durch Arbeitgeber oder Arbeiter vorzunehmen waren, durch den Magistrat und wo ein solcher nicht vorhanden ist, oder das Statut, oder die Anordnung der Landescentralbehörde dies bestimmt, durch die Gemeindewerterzung des Verbandes vornehmen zu lassen; b. soweit sie vom Magistrat oder einer Gemeindewerterzung oder der Vertretung eines weiteren Verbandes vorzunehmen waren, selbst vorzunehmen. Sodann wurde einstimmig beschlossen, daß die Gewerbegerichte auf Verlangen der zuständigen Staats- oder Gemeindebehörden auch zur Erstattung von Gutachten über Angelegenheiten gewerblicher Art gehalten sein sollen.“ Die Commission beschloß einen neuen § 2a: „Rechtsanwälte oder andere Personen, welche das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegerichte nicht zugelassen.“

[Warnung.] Wie der „Reichsanzeiger“ aus deutschen Kreisen Londons erfährt, hat daselbst unter der Firma Nikolaus Alexander Woroff ein gewisser Willy Otto, welcher bis zum Jahre 1879 in Berlin gelebt haben und seit 1883 in London ansässig sein soll, Schwindelgeschäfte betrieben. Das Geleichtslocal desselben fand sich eines Tages geschlossen, nachdem der Hauseigentümer wegen der rückständigen Mietshsforderungen Zwangsvollstreckung in das Mobilier ausgebracht hatte. Unter der Firma Odheyn u. Co. trieb ein gewisser Odheyn in Verbindung mit einem Godfroy Schwindelgeschäfte. Die Beiden sind gleichfalls seit längerer Zeit spurlos verschwunden. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß Woroff sowohl wie Odheyn und Godfroy ihr schwimmlhaftes Treiben, welches namentlich auch in Deutschland Opfer fand, fortzusetzen bemüht sein werden, so wird vom „Reichsanzeiger“ vor diesen Leuten auf das dringendste gewarnt.

[Wilhelm Pickenbach] der antisemitische Abgeordnete, hat sich, wie die „Saale-Ztg.“ mittheilt, brieslich an zahlreich bemittelte „Parteifreunde“ mit der Bitte um Geldzuschüsse gewandt. Soweit bekannt geworden, ist das seltsame Gesuch in den meisten Fällen abschlägig bechieden worden. Ueberhaupt spüren sich die persönlichen Verlegenheiten Pickenbachs immer mehr zu. Dagegen darf nach Lage der Sache nunmehr mit Bestimmtheit versichert werden, daß die ihm zur Last gelegte Bucheraffäre zur gerichtlichen Beurtheilung darum nicht gelangen wird, weil dazu der erforderliche Dolus er mangelt.

[Die Folgen des ersten Mai.] In einer biesigen Kartonagenfabrik hatten die meisten Arbeiterinnen beschlossen, den 1. Mai zu feiern, nur einige wenige fürchteten die ihnen angedrohte Entlassung und wollten arbeiten. Gegen die letzteren machte sich deshalb eine gereizte Stimmung geltend, die in mancherlei Drohungen zum Ausdruck gelangte. Als die unverehelichte B. am Abende des 30. April die Fabrik verließ, wurde sie von einer ganzen Schaar ihrer Colleginnen verfolgt, welche sie zu überreden suchten, sich am folgenden Tage den Feiernden anzuschließen. Als die B. ihnen kein Gehör schenken wollte, fiel man von allen Seiten mit Schlägen über sie her. Hierbei soll sich besonders die unverehelichte Clara Stenzel hervorgethan haben, wenigstens wurde sie von der Mißhandelten dem herbeieilenden Schuhmann gegenüber so bezeichnet. Die Stenzel wurde in Haft genommen und auch behalten, bis sie der 92. Abtheilung des Schöffengerichts vorgeführt wurde, um sich wegen der Bedrohung und der Mißhandlung zu verantworten. Sie beiheuerte entschieden ihre Unschuld und bat flehentlich um ihre vorläufige Freilassung, damit sie Zeugen dafür bringen könne, daß sie sich bei der Angelegenheit nur als durchaus unthätige Zuschauerin befehligt habe. Wäßrend der Staatsanwalt die Aussage der einen Belastungszeugin für ausreichend hielt und daraufhin gegen die Angeklagte eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen beantragte, glaubte der Gerichtshof, der Angeklagten einen Entlassungsbeweis nicht abschneiden zu sollen, vertagte deshalb den Termin und ordnete die Freilassung der Angeklagten an.

\* Berlin, 21. Mai. [Berliner Neugkeiten.] In Ansehung  
der Grabstätte des Dichters Heinrich von Kleist ersahrt die „Nat.-Btg.“

dass die prinzipielle Verwaltung von Dreilinden dem von Kleist'schen Familien-Verbande die Erlaubnis ertheilt hat, die Grabstätte selbst zu unterhalten. Es unterliegt sonach keinem Zweifel, dass fortan für die würdige Gestaltung und Unterhaltung des Grabs Sorge getragen werden wird.

**Hannover**, 20. Mai. [Die feierliche Einweihung der Mariens-

[...] kirche] wurde heute Morgen durch den Bischof von Hildesheim vollzogen. Aus der ganzen Provinz hatten sich Geistliche und Laien als Theilnehmer an der Feier eingefunden. Anlässlich dieser Feier schickte die Centrumsfraction des Reichstages Herrn Dr. Windhorst, dessen Bemühungen der Bau der Kirche vorzugsweise zu verdanken ist, ein Glückwunsch-Telegramm.

Inowraclaw, 19. Mai. [Von der Saline.] Der Minister hat dem Vernehmen nach den Director der hiesigen Saline, Herrn Bergrah Besser, aufgefordert, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob es sich empfehle, für die Salinenarbeiter Wohnungen auf Staatskosten einzurichten und eine Consumentanstalt zur Beschaffung von billigen Lebensmitteln zu begründen.

# Frankreich

s. Paris, 19. Mai. [Eine neue Partei.] Von den ehemaligen Boulangisten wird der Versuch gemacht, sich als neue Partei ohne Boulanger zu constituiren. Wie es heißt, ist die Initiative zu diesem Vorgehen von Laguerre ergriffen worden. Von ihm und einigen anderen Mitgliedern der ehemaligen National-Partei ist ein Circular verfaßt worden, das folgendes Programm für die neue Partei — die republikanische, socialistische und revisionistische Allianz, wie sich dieselbe nennen wird — aufstellt: Es halten an den Republikanischen

dieselbe nennen wird — außer: „Festhalten an der Republik, Revision der Verfassung durch eine konstituierende Versammlung, deren Beschlüsse einem Volks-Referendum unterbreitet werden sollen, volkswirtschaftliche und sociale Reformen, Vertheidigung der Arbeiter-Ansprüche und Rechte, Forderung der Autonomie für die Stadt Paris und Forderung einer allgemeinen Amnestie sowie Abschaffung aller Ausnahme-Gerichte und Zurücknahme aller durch solche gefallten Urtheile.“ Anfangs hatte man der letzten Forderung folgende Fassung geben wollen: „Revision des Proceses des Höchsten Gerichtshofes“. Diese Fassung hätte aber nach Ansicht der Autoren des Circulars noch auf eine zu enge Verbindung mit dem Verbannten von St. Brélude — wie der Ex-Prätent jetzt verächtlich von seinen ehemaligen Freunden genannt wird — schließen lassen, und man hat deshalb die etwas vage obige Form gewählt, die ebenso gut auf die Anarchisten und meuternden Strikenden, als auf Boulanger sich anwenden lassen kann. Mit Ausnahme Laisant's und Naquet's, die nicht mitmachen wollen, und Déroulède's, der, zur Zeit von Paris abwesend, dieser zu Evolution noch nicht Stellung nehmen konnte, sollen alle ehemals boulangistischen Abgeordneten bereit sein, dieses Programm zu acceptiren. Sehr lebenskräftig wird sich diese neue Partei wohl schwerlich erweisen, da ihre Forderungen sich nur unwesentlich von denen der ehemaligen äußersten Linken unterscheiden, und diese Fraction der Republikaner bei den letzten Wahlen gründlich Fiasco gemacht hat. — Der „Gaulois“ spricht sich in seinem heutigen Leitartikel dahin aus, daß nach dem Abscheiden des Boulangismus die royalistische Strömung im Lande wieder stärker hervortreten werde. Wenn die finanziellen Mißbrüche weiter dauern, wenn nach dem Krach des Comptoir d'escompte, der Panama-Gesellschaft, der Union générale auch der Crédit foncier zusammenstürzen sollte, dann würden die 144 000 Unzufriedenen, die leghin noch in Paris für Boulanger eingetreten, die Reihen der Monarchisten verstärken, und dann würde die royalistische Partei los-schlagen können. Denn sie werde der Menge einen Chef, einen Generalstab und eine Flagge zeigen können. Dann werde der wahre Kampf entbrennen; denn der Führer der Royalisten — der König — werde sich in der Stunde der Entscheidung dem Volke zeigen und tapfer kämpfen, nicht wie Boulanger sich in sicherer Entfernung vom Kriegsschauplatze halten.

arbeiteten, müden Leuten ein Schauspiel dargeboten wird, dessen Einzelheiten sie weder lange, noch ernstlich beschäftigen, dessen Gesamteindruck sie aber nachhaltig stärkt und aufrißt.

Wohl möglich, daß da und dort häßliche Regungen des Neides sich melden, wenn bei den Prunk-Ausstellungen von blaublütigen und Geld-Fürsten Prahlerei oder Verjäschung oder auch nur Neberfluss sich offenbart. Allein auch an Gegenstücken fehlt es nicht. Alle Welt weiß, daß der erste Latsifundienbesitzer des Reiches, Fürst Schwarzenberg, kaum eine Capitals-Verzinsung von  $2\frac{1}{2}$  Prozent genießt und daß auch diese Einkünfte über Nacht mehr als einmal durch eine Vorkenkäfer-Invasion oder durch jähre Windbrüche scharfe Herabminderung erfahren, ganz zu geschweigen der menschlichen Parasiten, der klugen Rechenmeister und überklugen Bervalter, die den einen und den anderen Cavalier durch Eigennutz und Überwitz zu Schaden kommen lassen. Wer Augen hat, zu sehen, kann auch hier lernen, daß nicht der Besitz allein es ist, der glücklich macht, sondern nur die Weisheit, ihn würdig und menschenfreudlich zu gebrauchen. Und vielleicht gilt solche Erfahrung, die den innersten Kern des Menschen betrifft, ebensoviel, als das rasche Erfassen der Handgriffe bei einer Papier- oder Sägemühle.

Dah der Fremdenzufuß, welchen die Ausstellung bringen soll, diesmal auch von unseren Theatergewaltigen gefördert werden soll, sei schließlich erwähnt. Während wir bisher in Wien die beschämende Ercheinung zu beklagen hatten, daß volle 4—6 Wochen lang beide Hof- und alle Privatbühnen im Hochsommer gleichzeitig geschlossen waren, so daß der Fremde in Wien kein anderes als das Fürsttheater im Prater besuchen konnte, wird diesmal das Burgtheater bis zum 15. Juli, vom 16. Juli ab wiederum die Oper geöffnet sein. Ob die edle Einrichtung auch — Kasse machen wird, hängt von „Sonne und Erde“ ab. Nicht dem gleichnamigen neuesten Ballett: sondern von den Licht- und Erdgeistern, die hoffentlich die Reichs-Ernte so wohl gerathen lassen, wie die von der graugrünen Gilde wohl vorbereitetes und in das Leben eingeführte land- und forstwirtschaftliche Ausstellung.

## Vom Königlichen Schauspielhause in Berlin.

onh. Berlin den 19. Mai

Die bösen Schicksale unseres Königlichen Hoftheaters sind  
sattsam in der Welt bekannt. Das mit den reichsten Mitteln ausgestattete Theater der Hauptstadt nimmt unter allen Bühnen Berlins von litterarischer Bedeutung den untersten künstlerischen Rang ein. Das ist eine Geschichte, die so alt ist, wie der Wandel in der Auffassung des Berufes einer königlichen Theaterintendantz. Dieser Wandel trat eigentlich bereits mit dem Scheiden des ausgezeichneten Grafen Brühl aus seiner Stellung ein. Doch hielt sich das Theater noch lange Jahre durch die Schwerkraft der classischen Tradition auf seiner Höhe, bis die systematische Durchbildung des militärischen Regimes, welches die Aera Höllern an Stelle des künstlerischen setzte, vor Allem

# Provinzial-Beitung.

Breslau, 21. Mai.

Wie wir soeben erfahren, hat der Kaiser das ihm von der Stadt Breslau angebotene Fest abgelehnt. Bekanntlich war außer dem Fest, welches die Provinz Schlesien anlässlich der Anwesenheit des Kaisers in Schlesien während der großen Manöver des V. und VI. Armeecorps veranstaltet, auch ein Fest der Stadt in Aussicht genommen, wie es seiner Zeit bei der letzten Anwesenheit Kaiser Wilhelms I. stattfand. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte die nötigen Mittel genehmigt, und man schmeichelte sich mit der Hoffnung, auf dem Fest auch die Kaiserin begrüßen zu können. Durch die Entscheidung des Kaisers sind alle diese Hoffnungen zu nichts gemacht worden. Leider ist es noch fraglich, ob die Kaiserin überhaupt nach Breslau kommt. Die Biegnitzer rechnen freilich mit Bestimmtheit auf ihren Besuch. Die erste Stelle bei dem diesmaligen Kaiseraufenthalt wird überhaupt die Stadt Liegnitz und nicht Breslau einnehmen. Soeben erhalten wir die Nachricht, daß der Kaiser das ihm von den Liegnitzer städtischen Behörden angebotene Abendfest im Schießhaus und einen Imbiß, der sich an den Zapfenstreich anschließen soll, angenommen, doch dabei den Wunsch ausgesprochen hat, bei den Veranstaltungen die möglichste Einschlußlichkeit walten zu lassen. Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Kaiser nur drei Tage in Breslau Quartier nehmen, daß dagegen das kaiserliche Hauptquartier sich acht Tage in Liegnitz befinden wird. Man erwartet, daß den Kaisermandöern 10 gekrönte Häupter und 22 andere Fürsten bewohnen werden; ob dieselben aber bereits in Breslau die Gäste des Kaisers sein werden, ist sehr zweifelhaft.

Wie wir schon berichteten, wird auch das glänzend geplante Fest der Provinz im Ständehause auf Wunsch des Kaisers nunmehr viel einfacher gehalten werden. In einer gestern stattgehabten Sitzung des Provinzial-Ausschusses soll aber nach der „Schles. Ztg.“ doch noch ein Bauantrag an das Ständehaus beschlossen werden sein, nachdem man sich längere Zeit mit der Idee getragen hatte, das Fest in leichten Zelten, welche im Garten des Ständehauses und auf dem angrenzenden Theil des Palaisplatzes aufzustellen finden sollten, zu veranstalten. Das Fest wird nunmehr in einem Ballfest ohne Aufführungen u. dergl. bestehen. — Dafür, daß der Kaiser das ihm von der hiesigen Landwehr-Offizier-Ressource angebotene Frühstück annehmen wird, ist nach Ablehnung des Stadtfestes und nach seinen betreffs des Provinzelfestes geäußerten Wünschen wohl wenig Aussicht vorhanden. Danach werden sich die Feste in Breslau während des diesmaligen Kaisermandörs auf das Fest der Provinz und die zwei Diners beschränken, die der Kaiser den höheren Offizieren des VI. Armeecorps und den Spitzen der Civilbehörden zu geben beabsichtigt.

\* Generalfeldmarschall Graf Moltke wird nach der in Schweidnitz erscheinenden „Tägl. Rundschau“ im Laufe dieser Woche auf Schloss Greifau zum Sommeraufenthalt eintreffen.

\* Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 11. bis 17. Mai 1890 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 63 Geschlechtungen statt. In der Vorwoche wurden 250 Kinder geboren, davon waren 206 ehelich, 44 unehelich, 237 lebendgeboren (124 männlich, 113 weiblich), 13 todtgeboren (8 männlich, 5 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 171 (mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 71 (darunter 21 unehelich Geborene), von 1–5 Jahren 18, über 20 Jahre 1. — Es starben an Scharlach 1, an Masern und Rötheln 1, an Rose 1, an Diphtheritis und Croup 5, an Wochenbettfieber 1, an Keuchhusten 1, an Unterleibsthypus incl. Nervenfieber 1, an acutem Gelenk rheumatismus 1, an Brechdurchfall 5, an anderen acuten Darmkrankheiten 13, an anderen Infektionskrankheiten 1, an Gehirnenschlag 6, an Krämpfen 22, an anderen Krankheiten des Gehirns 8, an Lungenschwindsucht 17, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 17, an anderen acuten Krankheiten der Atmungsorgane 1, an anderen Krankheiten der Atmungsorgane 4, an allen übrigen Krankheiten 56, in Folge von Verunglücksung 1, in Folge von Selbstmord 3, unbestimmt 1. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen in der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 27,98, in der betreffenden Woche des Vorjahrs 33,83, in der Vorwoche 25,19.

\* Temperatur. — Luftdruck. — Niederschläge. In der Woche

vom 11. bis 17. Mai 1890 betrug die mittlere Temperatur + 15,6° C., der mittlere Luftdruck 744,2 mm, die Höhe der Niederschläge 8,88 mm.

\* Polizeilich gemeldete Infektionskrankheiten. In der Woche vom 11. bis 17. Mai 1890 wurden 72 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an mobis. Poxen 1, an Diphtheritis 28, an Unterleibsthypus 2, an Scharlach 21, an Masern 21, an Ruhr 1, an Kindbettfieber 1.

Statistische Nachweisung  
über die in der Woche vom 4. Mai bis 10. Mai 1890 stattgehabten Sterblichkeits-Vorgänge.

Namen der Städte.	Einwohner per Tausend der Zahl jährl. auf 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einwohner per Tausend der Zahl jährl. auf 1000 Einw.	Namen der Städte.	Einwohner per Tausend der Zahl jährl. auf 1000 Einw.
London	4 422	17,3	Liegnitz	287	19,2
Paris	2 261	24,8	Ödejza	276	—
Berlin	1 492	22,7	Dresden	269	22,4
Petersburg	978	31,4	Köln	267	22,2
Wien	822	27,5	Brüssel	182	20,5
Hamburg	—	Magdeburg	180	23,1	—
incl. Vororte	523	24,4	Frankfurt	61	21,4
Budapest	463	32,8	am Main	171	26,5
Warschau	456	24,3	Königsberg	161	34,7
Rom	418	18,3	Benedig	157	21,6
Breslau	324	24,7	Chemnitz	125	29,1
Prag und Vororte	314	26,8	Danzig	121	24,2
München	291	28,7	Stettin	107	18,5
					Görlitz
					59
					31,0
					Frankfurt
					Würzburg
					53
					a. d. Oder
					57
					14,7
					—
					München
					51
					19,6
					—
					Glückbach
					49
					30,8

\*) mit den Stadtgemeinden Deutz und Ehrenfeld und sieben verschiedenen Landgemeinden.

\* Der 26. Verbandstag der Erwerbs- und Wirtschafts-Gesellschaften Schlesiens, bei welchem die Anwaltshaft durch Herrn Professor Dr. Grüger vertreten sein wird, findet am 20. und 21. Juni in Liegnitz statt. — Die für denselben aufgestellte Tages-Ordnung ist folgende:

I. Erste Sitzung. 1) Wahl des Büros. 2) Mittheilungen, insbesondere über die im Jahre 1890 zur Revision kommenden Vereine, und Verleistung etwa eingegangener Anträge. 3) Feststellung der Reibesfolge der Tagesordnung. 4) Bericht des Verbands-Directors über das abgelaufene Geschäftsjahr. 5) Das Versfahren bei der Umwandlung von Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht in solche mit einer anderen Haftordnung. Referent: Dr. Grüger-Berlin. 6) Antrag des Vorstandes auf Annahme einer neuen Geschäftsordnung für die Verbandstage. Referent: Der Verbands-Director. 7) Antrag des Vorstandes: Der Schlesische Verband wolle bei dem Allgemeinen Vereinstag in Freiburg folgenden Beschluß beantragen: „Denjenigen Creditvereinen, unter deren Mitgliedern sich eine größere Anzahl selbstständiger Landwirthe befindet, wird empfohlen, eine angemessene Anzahl derselben regelmäßig in den Aufsichtsrath zu berufen“. Referent: Krantz-Wüstegiersdorf. 8) Feststellung des Verfahrens für die Wahl von Deputirten zu den Allgemeinen Vereinstagen; Feststellung der Zahl der Deputirten zu dem 31. Allgemeinen Vereinstag und Wahl derselben. 9) Revisionsbericht über die Verbandskasse 1889/90. Referent: Hübler-Waldenburg. 10) Feststellung des Voranschlages für 1890/91. Referent: Klinkert-Breslau. — II. Zweite Sitzung. 11) Verleistung des Protokolls der ersten Sitzung. 12) Berichte aus den einzelnen Vereinen durch die anwaltenden Deputirten. 13) Antrag des Vorstandes: Beim Allgemeinen Vereinstag in Freiburg den vorjährigen Antrag auf eine Abänderung des organischen Status zu wiederholen. Referent: Der Verbands-Director. 14) Befreischung der Frage, ob es zweckmäßig ist, die gezeitlichen Revisionen der Vereine, sowie die Anstellung von Revisoren und deren Bevollung von den Unterverbänden an den Allgemeinen Verband der deutschen Genossenschaften zu übertragen. Referent: Dr. Grüger-Berlin. 15) Antrag des Vorstandes: Der Schlesische Verband wolle bei dem Allgemeinen Verbandsstag folgenden Beschluß beantragen: „Den Herrn Anwalt zu ersuchen, auf Grund der jährlichen statistischen Erhebungen und unter Hervorhebung der Größe der beheimateten Interessen die geeigneten Schritte zu thun, um die Aufhebung des § 8 Absatz 2 und des § 157 Absatz 2 des Genossenschafts-Gesetzes vom 1. Mai 1889 herbeizuführen“. Referent: Hübler-Waldenburg. 16) Wahl des Verbands-Vorstandes von 3 Mitgliedern und des Ausschusses von 5 Mitgliedern. 17) Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag.

\* Straßenbau. Die durch Ausführung städtischer Canalisationsarbeiten verhinderte und längere Zeit anhaltende Unterbrechung der Straßenbahnstrecke „Gürtelbahn“ auf der Feldstraße ist behoben. Die Wagen befahren die Strecke wieder ohne Unterbrechung.

\* Besitzveränderung. Apotheker Schütz in Brieg hat die Apotheke in Branitz (Oberschles.) für 48 000 M. gekauft.

aber die jugendkräftige, hochstrebende Concurrenz der Privattheater, den unaufhaltsamen Verfall herbeiführten. Um so lieber constatirt man gutgemeinte Versuche, das große und reiche Theater — das einmal den Ehrennamen eines Nationaltheaters führte — wieder zu literarischer Bedeutung zu erheben. Die beiden neuen Shakespeare-Ginsburgsungen, welche schnell aufeinander folgten, trugen ungemein dazu bei, daß der Kaiser die Gepräge an sich; nur wird man sich hüten müssen, ihre Bedeutung zu überschätzen. Als Herr Graf Hochberg einsah, daß es nicht genügte, Hochcharge zu sein, um ein erfolgreicher Bühnenleiter zu werden, berief er bekanntlich Herrn Dr. Otto Devrient aus Oldenburg mit außerordentlichen Machtvollkommenheiten an die Spitze des Schauspielhauses. Herr Dr. Devrient hat bisher wenig Freude an seiner Thätigkeit gehabt; er beklagt sich über die Sprödigkeit des Publikums, wie der Kritik. Die beiden neuen Shakespeare-Aufführungen brachten ihm von diesen beiden Instanzen das erste warme Lächeln ein. Der „Sturm“ wurde mit viel Musik und mehr Maschinen resolut als Feerie gegeben; die „Verlorne Liebe“ in einer neuen — übrigens ausgezeichneten — Bearbeitung von Dr. Rudolf Genée halb als Operette — zu der des Verarbeiters Bruder, der Operettencomponist Richard Genée, eine passende Musik geschrieben hatte — halb als literatur- und culturhistorische Curiosität. Als letztere — unbeschadet allen poetischen Zaubers — scheint mir die frühe Komödie Shakespeare's allein berechtigt zu sein. Da ist Alles seltsam, unsäglich, grotesk, weil Alles das Zeitgewand trägt. Wenn man aber selbst in dieses Zeitgewand schlüpft, d. h. wenn man sich um drei Jahrhunderte zurückverlegt, so sieht man die entzückendste, humorvollste, witzreichste, poetiegelentrückte Zeitdrama vor sich, die je auf der Bühne erschienen ist. Alle, welche genug historische Kenntniß und poetisches Rückeninnerungsvermögen besitzen, haben die Vorstellung mit aufrichtigem Dank entgegen genommen. Aber die Renaissance einer frischen Bühne macht man mit solchen eigenartigen Experimenten nicht. Sie tragen zu sehr das Gepräge der persönlichen Laune eines den Bedürfnissen der Gegenwart fremden Theaterleiters, und wohl auch ein wenig daß der eisernen Nachahmung des bei Weitem nicht erreichten Münchener Beispiele. Herr Dr. Devrient hat zu lange Zeit gehabt, sich an weltabgeschiedenen Residenzen in seine literatur- und bühnenhistorischen Liebhabereien einzuspannen, um in dem an Pietätlosigkeit ebenso wie an durch und durch modernen Keimen überreichen Theatertrieben Berlins das kräftige Mittel zur schnellen Hebung des gesunkenen Ansehens der glücklosen Bühne zu finden, zu deren Rettung er berufen wurde. Anstatt mit den bestehenden Privattheatern in einen energischen Wettbewerb um die moderne Erneuerung des Repertoires und die Wiederbelebung des verzögerten schauspielerischen Stils zu treten, bemüht sich der Director des Berliner Königlichen Schauspielhauses um litterarische Curiositäten und rüstet sich — Gaßspiel zu geben in seinem Luthermysterium, ein Herold der mittelalterlichen Bühne!

\* Deutscher Schriftsteller-Verband, Bezirkverein II. Schlesien-Polen. Die ordentliche allgemeine Jahres-Versammlung des Bezirkvereins II des Deutschen Schriftsteller-Verbandes wird, wie in den Vorjahren, in Breslau am zweiten Pfingstfeiertage, Montag, 26. d. Mts., Vormittags, und zwar im Palais Restaurant, Alte Taschenstraße, abgehalten. Einem wesentlichen Gegenstand der Tagesordnung wird die Beziehung über die Art und Weise des Empfangs und der Aufnahme der Theilnehmer an dem Deutschen Schriftsteller-Verbandstage bilden. Den offiziellen Theil der Bezirk-Versammlung befreit ein gemeinschaftliches Mittagessen. Am Nachmittag derselben Tages findet eine gesellige Vereinigung der Mitglieder und der durch Mitglieder eingeführten Gäste in dem Ueckritz'schen Garten in Pöpelwitz statt.

\* Der „Breslauer Wanderbund“ hält seine Zusammenkünfte jeden Freitag Abend im früheren Gorkauer Garten, jetzt Hof- und Görde, Neue Gasse 15, ab. Freunde seiner Vereinigung sind stets willkommen. Einzeichnungen in die Mitgliederliste können dafelbst vorgenommen werden.

\* Ein Sonder-Personenzug von Breslau bis Namslau wird Abends nach Schluß der Theater und des Circus Renz Wittwoch, den 28. Mai cr. verkehren. Das Nähere darüber enthält der Inseratenheft.

\* Die Vermählung von Walter Damrosch, dem zweiten Sohne des früheren langjährigen und hier noch in bester Erinnerung stehenden Directors des Breslauer Orchester-Vereins, mit Margaret Blaine, der Tochter des Ministers des Auswärtigen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat, wie dortige Blätter melden, am 17. Mai in Washington stattgefunden. Walter Damrosch ist Capellmeister an dem Metropolitan Opera House in New York. Die Hochzeit war ein „Ereigniß“ in der großen Welt. Nach der Trauung führte Präsident Harrison die junge Frau zum Hochzeitsschmaus, bei dem er das Wohl des Paars ausdrückte. Fast das gesamme diplomatische Corps wohnte dem Fest bei, kaum ein hervorragender Mann, der nicht auf der Liste der Geehrten verzeichnet ist. Auch den Gesandten in Berlin, William Walter Phelps, finden wir darunter mit einer Perlen-Halskette verzeichnet. Das junge Paar begab sich zunächst nach New York, wo es in einer ihm vom Vater geschenkten Villa in Madison Ave wohnen wird. Dasselbe wird in den nächsten Tagen eine ausgedehnte Reise nach Europa antreten und natürlich auch nach Berlin kommen.

\* Generalversammlung des Riesengebirgs-Vereins. Für die diesjährige statuenmäßige Generalversammlung, welche nächsten Dienstag, am 27. Mai, in Erdmannsdorf stattfindet, ist vom Central-Vorstande folgende Tagesordnung festgestellt worden: 1) Feststellung der anwesenden, für die Versammlung gewählten Vertreter. 2) Jahresbericht des Haupt-Vorstandes. 3) Prüfung der Jahresrechnung für 1889, Genehmigung der vorgekommenen Etsch-Ueberschreitungen und Entlastung des Haupt-Vorstandes (Berichterstatter: Ortsgruppe Posen). 4) Beratung des Vereins-Haushaltungs-Planes für 1890 (Berichterstatter: Ortsgruppe Hirschberg). 5) Voranschlag für 1891. 6) Bestimmung der Ortsgruppe, welche den Rechnungsabschluß des Jahres 1890 zu prüfen hat. 7) Bestimmung des Ortes der nächsten Generalversammlung. 8) bis 19) Anträge verschiedener Ortsgruppen und des Hauptvorstandes. 20) Neuwahl des Vorstandes.

\* Breslau sollte Festung werden, so habe, wie die „Schles. Ztg.“ in Erfahrung gebracht haben will, ein hier verbreitetes Gerücht verlautet. Uns ist von einem solchen Gerücht garnicht bekannt geworden; es enthielt auch natürlich jeden Begründung. Die Commandantur von Breslau steht allerdings gegenwärtig mit verschiedenen Grundeigentümern in der Nähe Breslaus in Verhandlung, doch handelt es sich nur um die Erwerbung von Land zum Bau von Kriegsmagazinen, die in beschränkter Zahl im Umkreise von 5 bis 6 Kilometern errichtet werden sollen.

\* Slogan, 21. Mai. [Anlage einer neuen Schiffswerft.] Die bekannte Ritterei von Emanuel Friedländer hat in der Nähe von Klein-Wiedisch ein größeres Grundstück erworben, welches an der Mündung des Schwarzen Grabens in die Oder liegend, sich vortrefflich zur Anlage einer größeren Schiffsbau- und Reparaturwerkstätte eignet. Ein bewährter Fachmann, Herr J. J. Hofmann, übernimmt die Leitung der Anstalt. Die Gewissheit, daß die Schiffswerft am Oder bleibt, ist um so freudiger zu begrüßen, da nicht nur eine große Anzahl Arbeiter auf derselben lohnende Beschäftigung, sondern auch viele hiesige Gewerbetreibende Arbeit und Abstieg für ihre Artikel durch die Schiffswerft finden.

\* Bollenhain, 20. Mai. [Interessante Funde. — Ausflug. — Plötzlicher Tod.] Der Buchdruckereibesitzer Wunsch hier selbst hat bei Gelegenheit des Wiederaufbaues seines vor 1½ Jahren niedergebrannten Hauses eine Hölzerne Spitze, 82 Centimeter lang und 10 Cm. breit, gefunden, deren beide Seiten sehr schöne Gravuren erkennen lassen. Dieselbe trägt die Jahreszahl 1639. Außerdem sind hier eine 30 Cm. lange und 19 Cm. breite Glasscheibe, in welcher wahrscheinlich mit einem Diamant, ein Spruch, der sich auf das Haus bezieht, und folgende Worte eingeschnitten sind: „Frantz Leopold de Pelchrym, Anno 1767, den 30. Januar.“ — Am vorigen Sonntag unternahm die hiesige Ortsgruppe des Riesengebirgsvereins einen Ausflug zu Wagen nach Tylsbrunn und dem Moisdorfer Grunde bei Jauer. — Am Freitag

## Nesidenz-Theater.

\* H-r. Die Operette ist im Laufe der letzten Jahre mehr als einmal todgesagt worden. Es besteht ein alter Glaube, daß Menschen, welche bei ihren Lebzeiten todgesagt worden sind, erst recht auf ein hohes Alter rechnen dürfen. Ob das für die Operette zutreffen wird, muß die Zukunft entscheiden. In jedem Falle scheint sie gegenwärtig durch Millokers neuestes Opus „Der arme Jonathan“, das in Berlin und Wien sich über alle Masken zugleich erwiesen hat, eine Wiederauflistung erlebt zu haben. Mit dem

früher wurde der über 80 Jahre alte Guisbesitzer Schinner zu Ober-Würgsdorf entseelt im Bett aufgefunden, nachdem er noch Tage zuvor Krebs gehabt hatte. Der Verstorbene war länger als 30 Jahre Gemeindeworsteher und Kreisrätor.

\*\* Brieg, 21. Mai. [Feuer. — Erschossen. — Turnverein.] Gestern früh um 1 Uhr brannte an der Lindenstraße ein dem Kaufmann Löwe gehöriger Schuppen nieder. Vor kurzer Zeit war bereits in demselben Feuer ausgebrochen, welches jedoch im Entstehen unterdrückt werden konnte, was diesmal, da der Brand schon zu weit fortgeschritten war, nicht mehr gelang. Es wird böswillige Brandstiftung vermutet. — Am Sonntag erschoss sich der Sergeant G. hier selbst in dem Gefräuch an der Oder in der Nähe der Schießhauscaserne; verletztes Ehrgefühl soll die Ursache gewesen sein. — Der heimische Turnverein hatte im Verwaltungsjahre 1889/90 eine Einnahme von ca. 829 M., eine Ausgabe von rund 514 M. Das Vereinsvermögen beträgt 6653 M., wovon auf den Turnhallen-Baufonds 4189 M. entfallen. Zum Vorsitzenden wurde in der letzten Generalversammlung Stadtrath Müller wieder gewählt, als Kassenwart Adolf Heim, als Turnwart G. Müller, als Schriftwart M. Krause und als Zeugwart O. Kröner.

□ Namslau, 20. Mai. [Biebz- und Krammarkt.] Der gestrige Biebzmarkt war, da der Auftrieb an Schweinen und Rindvieh von dort aus den Nachbarstreitern verboten war, nicht sehr bedeutend. Die Preise waren außergewöhnlich hoch, doch wurde der geringe Bestand schnell verkauft. Der heutige Krammarkt war wenig von Käufern besucht und durch das Mittags zum Ausbruch gekommene heftige Gewitter beeinträchtigt.

= Lipine, 20. Mai. [Drahtseilbahnen.] Der Schlesischen Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb hier selbst ist die landespolizeiliche Genehmigung erteilt worden, zum Transport von Zinkerzen aus der auf der Beuthen-Röhrberger Feldmark belegenen Neu-Schachtanlage nach der Wäsche der Wilhelmsglück-Zinkergrube eine Drahtseilbahn anzulegen.

os. Myślowitz, 21. Mai. [Großer Unfug. — Mordaffaire.] Während des heutigen Frühgottesdienstes in der katholischen Pfarrkirche flog die Kugel einer Windbüchse in die Sacristei, ohne glücklicherweise jemanden zu beschädigen. — Zu der jüngst gemeldeten Mordaffaire ist nachzutragen, daß der Mörder Badon aus Modrzien in Folge der ihm bei seiner Verhaftung von den russischen Grenzfürsten verübten Prügel gestorben ist. Der Sohn des nunmehr verstorbenen Mörders, der bei der Kauferei mitbeteiligt und nach hier geflüchtet war, ist von der biesigen Polizei behufs Auslieferung an die russischen Behörden verhaftet worden.

#### Aus den Nachbargebieten der Provinz.

- Posen, 21. Mai. [Herrscharts-Verkauf.] Die Herrschaft Dobryce mit den Gütern Klonowo, Augustinow, Neuwelt, Korita und Steinfelde im Kreise Krotoschin, ein Areal von ca. 9000 Morgen, seit 54 Jahren im Besitz der Frau Mittergutsbesitzerin Friederike Bandelow, geb. Freiin v. Kotwitz, ist, wie die "Pol. Stg.", meldet, an den Grafen Joseph v. Czarniecki auf Rusko verkauft worden.

#### Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

B. Breslau, 21. Mai. Verlängerung der Schwurgerichtsperiode. Den Geschworenen ist gestern ein Nachtrag zur Terminrolle der anstehenden Schwurgerichtsperiode zugegangen, nach welchem die Periode um vier Tage, Mittwoch bis Sonnabend, verlängert wird. Es gelangen zur Verhandlung: Mittwoch, 21. Mai: Stellenbesitzer und Gemeindevorsteher Wilhelm Babucke aus Rachen, Kreis Neumarkt, wegen vorläufiger Brandstiftung. Donnerstag, 22. Mai: Waschfrau Anna Wolff und Gen. wegen Verbrechens gegen §§ 218 und 219 des Strafgesetzes; Lagerhalter Reinhard Krönig aus Breslau wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit. Freitag, 23. und Sonnabend, 24. Mai: Müllermeister Hermann Klein und unverheiratete Anna Klein, beide aus Polnisch bei Canth, wegen vorläufiger Brandstiftung.

8 Breslau, 21. Mai. [Landgericht. — Strafkammer II. — Städtische Kohlenlieferung.] Die Firma Winter und Sturm hatte für die Zeit vom 1. October 1888 bis 30. September 1889 Seitens der Verwaltung der Stadt Breslau als Mindestforderung die Lieferung der Kohlen für alle städtischen Bureaus und Institute überwiesen erhalten. Nach dem abgeschlossenen Vertrage mußten die Kohlen völlig spezialfrei denjenigen Orten zugeführt werden, welche dem Vertreter der Firma durch den Beauftragten des Magistrats bezeichnet wurden, und zwar war hierbei die vorgeschriebene Centnerzahl in Originalwaggons, also mit dem von den Gruben gewährten Uebergewicht, abzuliefern. Nach kaum halbjähriger Lieferungszeit gingen zunächst bei dem Magistrat und dann auch bei der Polizei Anzeichen ein, nach welchen bei den Kohlenlieferungen nicht reell vorfahren würde. Der Anzeigende war ein Concurrent der Herren Winter und Sturm, der sich zum Beweise für seine Behauptungen auf den städtischen Heimann Rothmann berief, welchen er auch als die eigentliche Quelle seiner aufgestellten Behauptungen bezeichnete. Rothmann war bis zum 25. October 1888 für das Winter'sche Geschäftstätig gewesen und von da ab vertrat er das Kohlen-Engros-Geschäft von Chelich in Kattowitz. Bei seiner polizeilichen Vernehmung gab er zu, daß er die in der Anzeige enthaltenen Punkte ausdrücklich zu dem Zwecke ergriff habe, damit dieselben zu einer Denunciation benutzt würden; dabei wollte er aber nicht die Inhaber der Firma, sondern nur deren Angestellte der Unehrlichkeit beschuldigen. Das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung war zunächst die Erhebung der Anklage gegen den Kaufmann Herrmann Winter, dessen Plazauherr Georg Wasmuth und den Vorarbeiter Robert Münzberg. Winter sollte sich in vielfachen Fällen des Betruges schuldig gemacht haben, die beiden anderen Angeklagten ihm aber hierbei durch die That wissentlich Hilfe geleistet haben. Die gleiche Anschuldigung erhob die Staatsanwaltschaft auch gegen den eigentlichen Denuncianten, den Reisenden Rothmann. Bereits am 9. April hatten sich die vier Angeklagten vor der II. Strafkammer zu verantworten. Noch vor Beginn der Verhandlung jedoch mußte auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Vertagung beschlossen werden, weil ein Hauptbelastungszeuge, ein Kutscher, nicht erschienen war. Dem Zeugen wurden die Kosten des Termins aufgelegt und er außerdem zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Kaum hatten aber die Angeklagten den Sitzungssaal verlassen, so erschien der betreffende Zeuge, und es wurde nunmehr doch noch in die Verhandlung eingetreten. An Stelle des früheren Beschlusses wurde zunächst die Strafe des Zeugen für nicht genügend motiviertes Er scheinen auf 3 Mark festgesetzt. In der Vernehmung der Angeklagten erklärten sich Winter, Rothmann und Wasmuth für nicht schuldig. Münzberg dagegen gestand zu, daß er von den für die Stadt bestimmten Kohlenlieferungen fortgesetzte Entwendungen gemacht und die auf diese Weise erworbenen Kohlen dem Privatlager des ersten Angeklagten zugeführt habe. Diese widerrechtlichen Entnahmen sollten per Wagon 1 bis 3 Tonnen betragen haben. Als Anwälter für dieses sein Verhalten bezeichnete Winter ausschließlich Wasmuth und Rothmann, während Winter keine Kenntnis von den verübteten Beträgerien gehabt habe. Es wurde dann noch auf die Details der Kohlenberaubung eingegangen, wobei sich die Ladung von weiteren drei Zeugen als notwendig herausstellte. Aus diesem Grunde beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft erneut die Vertagung, die der Reichstag auch beschloß. Heute Vormittag 9 Uhr begann die neue Verhandlung, die nach 3½-stündiger Dauer zu Ende geführt wurde. Es gelangten etwa 20 Zeugen zur Vernehmung, unter denen sich eine einzige Kohlenarbeiter befanden, welche auf dem Winter'schen Kohlenplatz beschäftigt gewesen sind. Aus der Be weisaufnahme war Folgendes zu entnehmen: Die für die Stadt bestimmten Kohlen kamen in Waggons mit der vorgeschriebenen Centnerzahl an. Jeder Transport mußte dem Beauftragten des Magistrats, dem Gasanstaltbeamten Ulrich, welcher sich übrigens während des Winters fast ständig auf dem bezeichneten Kohlenplatz befand, angemeldet werden. Die Überladung auf die von der Firma Winter zu stellenden Hürbelschwärme sollte vorschriftsmäßig nur unter Aufsicht des Ulrich stattfinden, der auch die Anweisung gab, wie die einzelnen Fahrzeuge abgeliefert werden sollten. Wie es scheint hat sich Ulrich behufs Ausfertigung der Anweisungen oder auch aus anderen Gründen sehr oft in der auf dem Platz belegenen Comptoirbude aufgehalten, und Wasmuth namentlich soll mit demselben fast immer gerade dann zu verhandeln gehabt haben, wenn die Umladung begonnen hatte. Die Arbeiter öffneten die Schiebehüren der Waggons, anstatt aber sofort mit der Umladung zu beginnen, stellten sie zunächst zwei- oder vierrädrige Handwagen unter und ließen in dieselben aus jedem Wagon etwa 2–4 Ctr. Kohlen fallen. Die Kohlen wurden auf die zum Privatverkauf dienenden Kohlenhaufen der Firma geschüttet. Von der Vermeidung der Winter'schen Kohlen profitierte außer dem Geschäftsinhaber auch der Plazauherr Münzberg, da derselbe neben 15 Mark Wochenlohn auch eine Tantieme von dem Kohlenüberschuss erhielt, welcher sich bei der jährlichen Inventur buchmäßig herausschüttete. Diese

Tantieme, die 20 Pf. pro Tonne beträgt, soll einen ganz ansehnlichen Betrag ergeben haben. Winter behauptet, die Kohlenzunahme aus den ohne sein Wissen bewirkten Veruntreuungen sei in Abetracht seines Umsatzes von jährlich mindestens 100 000 Tonnen unwesentlich und für ihn gar nicht zu bemerkern gewesen, und die Tantieme des Münzberg sei in der Hauptfahne aus dem Privatverkauf entstanden, weil viele Leute immer noch tonnenweise, anstatt nach Gewicht kaufen; dieselben erhalten dann als Tonne 2 Heftholter à 160 kg = 320 Pf. während das Grubengewicht der Tonne 360 Pf. beträgt. Die Wegnahme der Kohlen will Winter nur für den Fall angeordnet haben, daß in einem Wagon mehr Kohle enthalten war, als im Einzelfall an die oder jene städtische Anstalt geliefert werden sollte. Demgegenüber befunden mehrere von Rothmann in Vorschlag gebrachte Kohlenarbeiter, daß sie im Auftrage von Münzberg oder Wasmuth, einmal auch auf Geheiß des Rothmann fast von jedem Wagon eine Portion Kohle wegnehmen müßten; sie seien dabei auch gesagt worden, der Herr habe einen schlechten Contract mit der Stadt gemacht. Einem Arbeiter soll Winter bei der Annahme direct gesagt haben, es sei notwendig, von jedem Wagon etwas abzunehmen, und zwar solle dies geheim geschehen. Winter bezeichnete die Angaben dieses von ihm wegen Unzulässigkeit entlassenen Arbeiters als völlig unwahr; auch Rothmann sei seinerseits plötzlich entlassen worden. — Staatsanwalt Ehrenberg begründete in ausführlicher Rede, gestützt auf den Zeugnissen, daß Schuldig gegen alle vier Angeklagten; er erachtet den Geschäftsinhaber Winter als den Hauptschuldigen, welcher auch als der Verführer der anderen Angeklagten anzusehen sei. Da die höchst frivolen Beträgerien gegen das Gemeinwohl der Stadt verübt worden seien, der Schaden also sämtliche Steuerzahler getroffen habe, so hält der Staatsanwalt trotz der bisherigen Neutralität und Unbescholtenseit des Winter für denselben eine hohe Strafe für notwendig und beantragt demgemäß 6 Monate Gefängnisstrafe, 1000 Mark Geldstrafe und 2 Jahre Ehrverlust. Das Urteil des Gerichtshofes fiel betrifft des Winter genau nach dem Antrage aus, Wasmuth wurde zu 3, Münzberg zu 2 und Rothmann zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt.

#### Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

#### Reichstag.

\* Berlin, 21. Mai. Im Reichstag kam heute zunächst die Interpellation Bamberger, betreffend den Strafvollzug, zur Verhandlung. Der Interpellant wies darauf hin, daß der Reichstag bereits mehrfach die einheitliche Regelung dieser Materie verlangt habe und daß dies eine notwendige Ergänzung zu der einheitlichen Strafprozeßordnung sei. Die Verschiedenartigkeit der jetzigen Vorschriften führe zu solchen Härten, wie sie bei der Behandlung politischer Gefangenen vorgekommen seien. Staatssekretär von Oehlschläger erklärt, daß die verbündeten Regierungen die Vorlegung eines solchen Gesetzes beabsichtigen; den Termin dafür könne er aber nicht angeben. Er wies darauf hin, daß dem Bundesrat bereits einmal ein Entwurf vorgelegen habe, der aber auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen sei. An der von Rickert beantragten Besprechung der Interpellation beteiligten sich die Abg. Klemm, v. Bar, Windthorst, Marquardt und Geyer, welche sämlich eine einheitliche Regelung des Strafvollzuges empfahlen; Abg. Geyer erwähnte einige Fälle schlechter Behandlung politischer Gefangenen. Die Interpellation wegen des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrags wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Eine ziemlich lebhafte Debatte rief der Antrag Rickert hervor, zur schleunigen Erledigung der Wahlprüfungen statt der einen zwei Wahlprüfungscommissionen einzusetzen; besonders ehrte sich dagegen der Abg. Müller (Marienwerder), welcher die Verzögerung der Wahlprüfungen dem Unfug der Protesterhebungen zuschrieb. Die meisten Redner erwarteten von dem Antrage Rickert eine Beschleunigung, wollten aber einen Versuch machen. Der Antrag wurde der Geschäftsordnungs-Commission zur Vorberatung überwiesen. Der Reichstag wird erst am 9. Juni seine Arbeiten wieder aufnehmen.

#### 11. Sitzung vom 21. Mat.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler von Caprivi, von Bötticher, von Oehlschläger, von Marshall.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Dr. Böckel wegen Aufhebung der gegen den Abg. Werner bei dem Amtsgericht zu Stettin und dem Landgericht zu Kattel wegen Bekleidung schwedenen Privatanklage-Vorfahren für die Dauer der Sitzung.

Abg. Dr. Böckel: Es handelt sich hier um drei Klagen wegen dreier in den von dem Abg. Werner herausgegebenen Blätter begangenen Bekleidungen. In Anknüpfung an den alten guten Brauch dieses Hauses wird gewiß das Haus auch diesmal die Aufhebung des Strafverfahrens beschließen. Es handelt sich hier zwar nur um Privatklagen, aber immerhin um solche Prozesse, die als Strafverfahren betrachtet werden, wenn sie auch nicht vom Staatsanwalt geführt werden.

Abg. Meyer-Berlin: Da gestern der Herr Präsident den Antrag für unzulässig erklärt hat, so möchte ich darauf hinweisen, daß der Artikel 31 der Reichsverfassung auch auf Privatlagen Anwendung findet. In dieser Beziehung liegen uns Präcedenzfälle vor, sowohl aus dem Reichstag wie aus dem Abgeordnetenhaus. Es ist niemals ein Zweifel darüber ersehen worden, daß die Privatklage nichts anderes sei, als eine Form des Strafverfahrens. Solche Präcedenzfälle sind viel wichtiger als die feinsten juristischen Distinktionen.

Der Antrag wird darauf angenommen.

Es folgt die Verlehung der Interpellation des Abg. Bamberger: Den Herrn Reichskanzler erlaube ich mir zu fragen, ob und wann der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Vollzug der Freiheitsstrafen, dem Reichstag vorgelegt werden wird.

Staatssekretär v. Oehlschläger erklärt sich bereit, die Interpellation zu beantworten.

Das Wort erhält zur Begründung

Abg. Bamberger: Meine Interpellation hat keineswegs den Zweck, den verbündeten Regierungen lästig zu fallen; sie dürfte aber vielleicht schneller zum Ziele führen, als ein Antrag es könnte. Es ist von keiner Seite bestritten worden, daß das Strafgezelsbuch und die Strafprozeßordnung durchaus unvollständig und unzureichend sei. Schon im norddeutschen Reichstage ist zugestanden worden, daß gleichzeitig mit einem Strafgezelsbuch auch alsbald ein Strafvollzugsgezelsbuch zu vereinbaren sei. 1874 wurde zuerst von dem nationalliberalen Abg. Fellampf ein dahin gehender Antrag gestellt. 1876 antwortete der Bundesrat in seinen Entschließungen, daß die Vorarbeiten für den Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafen soweit gefördert seien, daß ihre Beendigung erfolgen könnten, sobald die deutsche Strafprozeßordnung festgestellt sei. Später ist die Sache wiederholt, noch 1887 durch einen Antrag des Abg. Johannsen angeregt worden. Von Seiten des Bundesrates wurde namentlich auf die finanzielle Tragweite eines solchen Gesetzes hingewiesen. Den nächsten Anstoß zu meiner heutigen Interpellation hat eine Reihe von in der letzten Zeit bekannt gewordenen Misshandlungen gegeben, welche in den Gefängnissen an solchen Verurtheilten begangen wurden, welche sich politischer Vergehen schuldig gemacht haben. Ich glaube, daß auch, bevor ein Strafvollzugsgezelsbuch erlassen wird, die Reichsverwaltung sich mit diesen Angelegenheiten befassen kann. Nach der Reichsverfassung hat die Reichsverwaltung die Ausübung des Strafrechts im ganzen Reiche zu überwachen; wenn sie aber das kann, so kann sie auch Anweisungen oder Erklärungen einzelner Punkte erlassen lassen über die Handhabung der Strafgezelschaft, selbst in jenen Fällen, wo man sich noch nicht auf ein Strafvollzugsgezelsbuch stützen kann, damit gewisse Dinge vermieden werden können. In diesem Sinne hat auch der Reichstag bereits 1875 entschieden, daß es sich um einen ähnlichen Fall handelt. Ich möchte noch an den Staatssekretär des Reichs, *zusamis*, die Frage resp. die Bitte richten, ob es nicht möglich ist, schon jetzt, ehe die Zeit verstreicht, bis wir zu einem Strafvollzugsgezelsche kommen, sich mit den verbündeten Regierungen dahin zu verständigen, daß die Ausführung der Gefängnisstrafe bei gewissen Kategorien in der milde Weise gehandhabt wird, wie es sich bei nicht entziehbaren Vergehen eigentlich von selbst versteht und wie es in allen übrigen Staaten geht. Ich weiß ja, daß es politische Vergehen nach der Definition des Strafgezelsbuches bei uns nicht gibt. Da es sich hier um administrative Verordnungen handelt, so könnte

man diese Vergehen als solche definieren, welche durch die Bresse oder durch Redete oder auf dem Wege der Bekleidung begangen sind. Um Ihnen deutlich zu machen, was ich meine, will ich auf einige Fälle hinweisen, die in der letzten Zeit vorgekommen sind. Bekannt ist Ihnen der Fall Böschardt, wo ein wegen Bekleidung durch die Bresse bestrafter Journalist an dieser Misshandlung entschieden unschuldig ist, und sie haben, sobald die Sache zu ihrer Kenntnis gekommen war, auch Remedy eintreten lassen. Dem Betreffenden wurden die Haare geschnitten, der Bart rasirt, er wurde in die schmutzigsten Kleider gesteckt und zu gemeinen Arbeiten angehalten. Sie können sich denken, welcher Jammer über die Familie dieses sonst ehrenhaften Mannes gekommen ist und wie er sogar an seiner Gesundheit geschädigt worden ist. Ich übergehe eine Reihe anderer Fälle, möglicherweise aus einem Briefe, den ich aus Anlaß meiner Interpellation von dem Redakteur der "Tremontia" in Dortmund, Herrn Lenzing, erhalten habe, mittheilen, daß diesem Redakteur im Jahre 1887, als er in Dortmund eine sechswochige Gefängnisstrafe absullen mußte, sein Geschick auf eigene Bekleidung gegen den Ersten Staatsanwalt abgeschlagen wurde. Er mußte also die Gefängnisstrafe zu sich nehmen, sechs Wochen lang Dutten leben (Lachen links) auf jede Lecture verzichten und mit vier oder sechs Gefangenen, die wegen gemeinsamer Verbrechen verurtheilt waren, in einer Zelle sitzen. (Hört! hört! links.) Ich glaube bei keiner Partei auf Widerspruch zu stoßen, wenn ich sage, es ist eine schwere Bekämpfung gegen die Humanität, gegen die Civilisation, gegen das deutsche Volk, wenn die Strafen in einem Sinne ausgeübt werden, wie es von dem Gesetzgeber unmöglich gemeint sein kann. (Schr. richtig! links.) Finanzielle Rückstüts kann man hier nicht gelten lassen. Wenn das Deutsche Reich so viel Geld für alle möglichen und unmöglichen Dinge ausgibt, dann darf es nicht wohl aus finanziellen Gründen lassen, daß derartige Schwierigkeiten vorkommen. Es kann nicht in der Absicht eines vernünftigen Strafgezelsbuches und eines vernünftigen Strafvollzuges liegen, daß diejenigen, welche wegen politischer Vergehen zu Gefängnisstrafe verurtheilt werden, in einen Stand versetzt werden, der vollständig mit Infamie bedeckt ist. Das ist aber der Fall, wenn man die Verurtheilten in Buchtausleiter zwängt und sie zu niedrigen Arbeiten zwingt; das ist ein Stück körperlicher Misshandlung. (Schr. gut! links.) Es geht ja Menschen, die in Schändung, böser Absicht den anderen in der Bresse bekleiden, um ihn zu schädigen. Aber ich glaube, in den meisten Fällen handelt es sich nur um einen lapsus calami oder linguae. („, rechts.) Wer Zeit hat, ruhig nachzudenken, kann mit eigner Geschicklichkeit die Sache so machen, daß er, wenn er einen irgend gerechten Strafrichter vor sich hat, nicht verurtheilt werden kann. (Schr. richtig! links.) Ich hätte schon manches Strafwidrig begangen, wenn ich mich nicht vorsichtig ausgedrückt hätte (Heiterkeit); aber nicht jeder, der schreibt, hat Zeit, Geduld und Neigung, um es so zu machen, daß er nicht auf eine Klappe stößt. Es fragt sich, sollen Diejenigen, welche sich derartiger Vergehen schuldig gemacht haben, so schrecklich, ich möchte sagen, widernatürlich behandelt werden? Wir dürfen ja hoffen, daß in den heutigen Zeiten vielleicht diese Art von Bestrafungen und Prozessen etwas abnehme. Ich möchte jeden Schein vermeiden, als wollte ich an einer Gruppe, die das Schicksal getroffen hat, und mit der ich in offener Gegnerschaft gestanden, noch nachträglich eine kleinliche Rache nehmen, was weder der Würde dieses Hauses noch den meinigen entspreche, um so mehr, da der Anstoß zu diesem Falle nicht von uns, sondern aus einer höheren Region, gekommen ist. Aber das muß ich doch sagen, es ist durch die Massenhäufigkeit und das systematische Verfolgen jeder kleinen verlebenden Rede oder Schrift eine üble Praxis in Deutschland eingerissen. (Schr. wahr! links.) Ich habe einige Hoffnung, daß mit manchen anderen auch das jetzt vorüber ist. Ich hoffe, daß es keine Rubrik der Caprivi-Bekleidungen mehr geben wird, und daß die betreffenden gebräuchlichen Formulare auch aus den Acten der Gerichte verschwinden werden. Das wird im Großen und Ganzen ein ermunterndes Beispiel sein, daß nicht kleine Behörde, wenn an ihr etwas kritisiert wird, gleich dem Staatsanwalt aufruft. Dann wird ein Theil dessen, was ich hier beantrage, von selbst überflüssig werden. Wenn wir ein Strafvollzugsgezelsbuch erhalten, so könnte darin auch die Frage geregelt werden, welche in der letzten Zeit hier wieder als Controverse aufgeworfen worden ist, daß nämlich ein wegen nicht ehrenhafter Vergehen bestraftes Mitglied dieses Hauses, welches seine Strafe bereits angetreten hat, von Amts wegen während der Sitzung entlassen werden kann. Gelegentlich des Falles Harmening ist die Frage wieder in den Vordergrund getreten. Es hätte scheinen können, als ob die Heiterkeit des Reichstages — ich habe nicht gelacht — bei der Mitteilung des Präsidenten, daß der Abgeordnete Harmening wegen Festungsshaft nicht an den Sitzungen des Reichstages teilnehmen könne, auf Trivialität beruht habe, doch entsprang diese Heiterkeit vielmehr dem Contrapunkt, daß ein harmloses Urlaubsgesetz in einer solchen Weise motiviert wurde. Es war eine Komik des Moments. Der Staatssekretär würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er uns eine Begründung der verbündeten Regierungen in dem Sinne zusagen kann, daß dergleichen Missbräuche nicht mehr vorkommen sollen. Man hat in der letzten Zeit, namentlich bei Ostafrika, so oft von christlicher Gestaltung und Menschenliebe gesprochen; hier handelt es sich um unsere eigenen Mitbürgern, um schweres Herzleid, das wir manchmal ungerecht bereitet sehen. Die hohe Rechts- und Sittliche Bilbung des Volkes erkennt in dieser Abhöfe einen Act der Humanität und Gerechtigkeit, der sich mit jedem anderen messen kann. (Beifall links.) Staatssekretär des Reichs-Jugtams v. Oehlschläger: Ich bin der Lage, die gestellte Frage dahin zu beantworten: Die gesetzliche Regelung des Strafvollzuges wird auf Seiten der verbündeten Regierungen ein im Interesse der vollen Einheitlichkeit der Strafrechtspflege zu erreichendes Ziel ins Auge gesetzt. Neben den Zeitpunkt aber, in welchem dem Reichstage eine entsprechende Vorlage gemacht werden wird, kann eine bestimmte Zuflözung heute noch nicht ertheilt werden. Schon bei der Vorberatung des Strafgezelsbuches für den Norddeutschen Bund hat der Bundesrat darüber keinen Zweifel gehabt, daß ein einheitlicher Strafvollzug notwendig sei. Das drücken die Motive zu diesem Strafgezelsbuch mit voller Deutlichkeit aus. Bei der Beratung derselben ist damals indefens davon abgesehen worden, dieses Strafvollzugsgezelsbuch mit dem Strafgezelsbuch zu vereinen, weil man befürchtete, daß

(Fortsetzung.)

von denen sie selbst nicht glaubten, daß sie irgendwelche besondere Berücksichtigung später finden würden, einer näheren Prüfung zu unterziehen, und daß sie es nicht für opportun hielten könnten, unter solchen Umständen mit einem Strafvollzugsgebot vorzugeben, welches immerhin nur erlaubt werden kann auf der Basis des zu Recht bestehenden Strafensystems. Es würde doch wenig Vorsicht bekunden, wenn wir auf dieser Basis große Ausgaben verursachen wollten, um demnächst zu einem Strafsystem überzugehen, welches ganz andere Voraussetzungen hat und diese Kosten vielleicht gar nicht erforderlich. Im Übrigen glaube ich aber annehmen zu können, daß die aufgetretenen Gegenseite bald wieder ausgeschlagen sein werden, und daß es nicht gar lange dauern wird, bis der Bundesrat mit einer entsprechenden Vorlage an den Reichstag kommt. Freilich werden alle Erwartungen des Herrn Interpellanten doch nicht erfüllt werden, wenn Sie nicht etwa gleichzeitig eine Revision des Strafgesetzbuches in Angriff nehmen. So lange das System des gegenwärtigen Strafgesetzbuches besteht, wird es unzulässig sein, in einem Vollzugsgebot Bestimmungen zu treffen, welche die Gefängnisstrafe für eine Kategorie von Verbrechen anders ordnen, als für eine andere. (Zwischenrufe links.) Es würde nicht zulässig sein, weil es außerhalb des Rahmens des materiellen Rechts liegt und sogar gegen ausdrückliche Vorschriften desselben verstößen würde. Das Strafgesetzbuch unterscheidet nicht besondere Arten von Gefängnisstrafen, für Diebe, für solche, die unterstehen und verleumdet haben u. s. w., sondern es behandelt alle diese Vergehen dahin, daß sie mit Gefängnis bestraft werden, und statuirt keine Unterschiede nach Kategorien. Die Frage der Beleidigung würde hier herauszuheben sein, nicht die der Verletzung. In letzterer Hinsicht müßte das materielle Recht erst geändert werden, und das würde nur auf dem Wege der Strafgezettel möglich sein. Das wäre ja nun an sich nichts Unmögliches; ich glaube sogar, daß, ganz abgesehen von den hier aufgeworfenen Fragen, in einem Strafvollzugsgebot, wie es Ihnen vorliegen, die verbündeten Regierungen sich vielleicht entschließen werden, immerhin einzelne Veränderungen des Strafgesetzbuches auch Platz finden werden. Schwer wird es sein, auf eine Unterscheidung der Kategorien einzugehen, wie sie der Interpellant angeregt hat. Sie werden niemals den Begriff eines politischen Vergehens oder Verbrechens derart fixieren können, daß der Richter daraus demnächst für die Kategorisierung einen festen Anhalt hat. Indessen ist das ja eine eure posterior. Wegen der Preßvergehen würde auch noch eine Veränderung des Preßgesetzes erforderlich werden, welches ganz genau besagt, daß alle durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen genau so wie die vom Strafgesetzbuch bedrohten Handlungen behandelt werden sollen. Bezuglich der Frage, ob im Wege des Regulatius oder bloßer Anordnung seitens der Reichsregierung eine Einwirkung möglich sein würde, bin ich anderer rechtlicher Meinung als der Interpellant. So lange der Strafvollzug wie bei uns Sache der Landesregierung ist, hat die Reichsregierung keine Kompetenz dazu. Nach dem Sinne der Verfassung kann die Überwachung seitens des Reichs nur dahin gerichtet sein, daß gewisse Landesgesetze nicht gegen den Geist, sondern gegen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstossen. So lange das nicht geschieht, kann die Reichsregierung sich nicht darauf einlassen, etwa eine gewisse Milde der Ausführung den Einzelstaaten anheim zu geben u. dergl. Es können deshalb auch Fälle, die zu Beschwerden Anlaß gegeben haben, nicht hier im Reichstage zur Cognition gelangen, sondern sie gehören vor die Einzelstande. Es sind ja auch diese Fälle von den betreffenden Landtagen verhandelt worden, und die Landtage haben sich ja auch in diesen Einzelfällen gegenüber der Regierung ausgesprochen.

Auf Antrag des Abg. Rickert tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Clemm-Sachsen: Es handelt sich hierbei nicht um eine Parteifrage, sondern um eine technische Frage, um die notwendige Ergänzung der Strafvollzugsordnung. Für den Strafvollzug kann man von Reichswegen nur ganz allgemeine Regeln aufstellen, die Einzelauflösungen muß man dem praktischen Leben überlassen, denn bei der Strafvollstreckung kommt es immer auf die Individualisierung an. Ich fasse die Bedeutung der Interpellation dahin auf, daß Herr Bamberger in Bezug auf den bestehenden Zustand schon jetzt darauf hinweisen wollte, daß die einzelnen Regierungen Veränderungen in gewisser Beziehung eingreifen möchten.

Abg. Dr. v. Bar (fr.): Es ist wünschenswert, daß durch die Interpellation vor der Welt constatirt wird, daß der deutsche Reichstag ein lebhaftes Interesse an der Verbesserung unserer Strafrechtspflege hat. Man sagt, ohne Veränderung des Strafgesetzbuches sei eine gründliche Regelung des Strafvollzuges nicht möglich. Der größte Theil der Strafrechtswissenschaft hat den Wunsch, es möge das Strafgesetzbuch in Anwendung der Freiheitsstrafen revidiert werden. Auch unsere Gefängnisbeamten wünschen dasselbe, die durch die mangelnde Klarheit im Strafgesetzbuch den allergrößten Schwierigkeiten ausgesetzt sind. Diefen Umstände sind Ungerechtigkeiten in der Praxis häufig anzuschreiben. Deshalb dürfen wir uns nicht scheuen, an eine Revision des Strafgesetzbuches selbst zu denken; Schwierigkeiten liegen ja allerdings vor, einmal in dem Streite der Theorien und dann in den compliciten Verhältnissen eines Bundesstaates, aber diese Schwierigkeiten können überwunden werden. Die Freiheitsstrafen sind im Deutschen Reich nicht überall dieselben, ja können sogar innerhalb eines Staates verschieden sein, z. B. in Ostpreußen anders als in Westfalen oder in der Rheinprovinz. Der Richter weiß garnicht, was die Gefängnisstrafen im einzelnen bedeuten. Durch die Art der Vollziehung kann die Strafe sehr leicht einem anderen Charakter annehmen, und es ist nicht zu verwundern, wenn zu Gefängnis Verurtheilte wie Buchthaussträflinge behandelt werden ohne jeden bösen Willen. Die wesentliche Grundlage der Strafvollstreckung ist die Haussordnung der Gefängnisse, der sich auch der gebildete Mann unterwerfen muß. Das steht mit dem Geiste des Gesetzes in Widerspruch und es wird ja bald als möglich das Freiheitsstrafensystem zergliedert werden müssen in eine Strafe mit Zwangsarbeit und eine solche ohne Zwangsarbeit. Verschiedene Staaten stehen bereits auf diesem Standpunkt. Das Strafvollzugsgebot wird sich nicht in einem allgemeinen Rahmen zu bewegen haben, sondern sehr bestimmte Vorschriften treffen müssen. Es könnte vielleicht auch zu erwarten sein, ob nicht dem Verurtheilten, wenn ein Streit entsteht, ob eine bestimmte Art und Weise der Strafvollziehung dem Gesetz entspricht, der Schutz einer Berufung an eine richterliche Behörde zu gewähren ist. Gerade in unserem Strafvollzug finden sich sehr erhebliche Uebelstände, wenn auch die Verwaltung schon vieles verbessert hat, z. B. müssen die kurzzeitigen Freiheitsstrafen möglichst beschränkt werden, damit nicht die Moralität der nur kurze Zeit in Gefängnis befindlichen Personen erschüttert wird. Wir werden der Regierung helfen, alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Abg. Geyer (soc.): Nachdem einmal einer der Ehren von einer schlechten Behandlung getroffen worden ist, sind die Freisinnigen mit ihrem Antrage gekommen. (Widerspruch bei den Freisinnigen.) Ich habe persönliche Erfahrungen in dieser Beziehung und verlange, daß die Behandlung und die Verletzung der Gefangenen eine bessere sein möge. Die Beschwerden der Gefangenen werden meistens totgeschwiegen versucht. Die Behandlung der politischen Gefangenen ist eine durchaus unwürdige. Redner verweist auf die Behandlung seines Freundes Bruhns im Bremer Gefängnis, der gefesselt zur Beugungshaltung vorgeführt wurde. In Baden wurde eine wegen Geheimbündnese verurtheilte angehende Dame wie eine Buchthäuslerin behandelt. Redner führt noch mehrere andere Fälle schlechter Behandlung von Redakteuren an, darunter auch des Redakteurs Bögl in Gefängnis von Dortmund, wo der Betrüger und Bankräuber von Roon untergebracht war, dem eigene Verletzung und das Halten von Zeitungen gestattet war. In anderen Ländern, z. B. in Frankreich, ist eine bessere Behandlung der politischen Gefangenen üblich geworden. Auch die Untersuchungshaft wird vielfach in solcher Härte durchgeführt, daß sie fast der Tortur des Mittelalters gleichkommt. Angesichts solcher schweren Fälle muß in baldiger Zukunft eine Änderung herbeigeführt werden. Redner führt seine Behandlung im Zwicker Gefängnis seitens des dortigen Directors an, welche geradezu brutal war. Wenn schon ein politischer Gefangener so behandelt werde, wie würden da erst die gemeinen Verbrecher behandelt werden. Die bösen Beispiele der obersten Beamten verbergen die guten Sitten der unteren Beamten, welche allerdings vielfach humaner sind, als die Directoren. (Zustimmung bei den Socialdemokratischen.)

Abg. Windthorst: Als wir in der Zeit des beständigen Kulturkampfes solche Beschwerden vorbrachten, wie sie heute hier vorgebracht worden sind, wurde darauf kein Gewicht gelegt. Wir haben die Beschwerden damals vorgebracht und darauf angesetzt, daß im Wege der Verwaltungs-Maßregeln Abhilfe gesetzt werden sollte. Ich weiß nicht, ob man durch die in der Interpellation gezeigte Erhebung weiter kommen

wird. Auf eine Revision des Strafgesetzbuches jetzt hinzuwirken, würde ich nicht für zweckmäßig halten. Denn wir könnten dabei gerade in dem gegenwärtigen Augenblick sehr schlechte Erfahrungen machen. Ferner ist es doch fraglich, ob wir gerade jetzt in der Finanzlage sind, um die großen Summen aufzuwenden zu können, welche notwendig sind, um die bestehenden Gefängnisse einheitlich aufzubauen. Die Fälle, welche vorgetragen sind, können durch Remedium seitens der Verwaltungsbehörden verbessert werden, dazu bedarf es keines besonderen Gesetzes.

Abg. v. Marquardsen (natl.): Die vorgebrachten Fälle beweisen, daß es notwendig ist, ein einheitliches Strafvollzugsgebot für Deutschland einzuführen als Ergänzung zur einheitlichen Gerichtsverfassung. Ich hoffe, daß die Hindernisse, welche noch vorhanden sind, durch gegenseitigen guten Willen beseitigt und daß wir zum Abschluß des einheitlichen Reichsgebüdes der gesamten Strafrechtspflege kommen werden.

Ein Schluzantrag wird angenommen.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Die Interpellation wegen des deutsch-schweizerischen Niederlassungsgesetzes wird auf Antrag des Abg. Baumhöck von der heutigen Tagesordnung abgezogen.

Es folgt die Beratung des Antrages Nintelen, das gerichtliche Zu-

stellungswesen betreffend.

Abg. Nintelen (Centr.): empfiehlt, die von ihm bereits in der vorigen Session beantragten Erleichterungen des Zufellungswesens anzunehmen. Er habe die Hauptbeschwerdepunkte herausgegriffen, um nicht allzusehr zu spezialisieren; auf diese Weise lasse sich die ganze Frage abgesondert von der gesamten Civilprozeßordnung reformieren. Redner beantragt selbst, den Antrag einer Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die Beratung des Antrages Rickert zur Geschäftsortordnung, wonach im Bedürfnisfälle der Reichstag mehrere Wahlprüfungscommissionen einzogen.

Die einzelnen Titel des Nachtragsetats und das dazu gehörige Gesetz sowie der Nachtragsetat im Ganzen werden angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung für an Mitzbrand gesetzte Thiere im Umfang der hohenzollerschen Lande, wird in dritter

Beratung angenommen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung einiger Bestimmungen der Begegnungs- und Wahlprüfungsverhältnisse der Subalternbeamten, wie Botenmeistern, Oberpedellen u. s. w. die denselben gewährten persönlichen Zugang bei der Benennung der Pension mit angerechnet werden.

Die einzelnen Titel des Nachtragsetats und das dazu gehörige Gesetz sowie der Nachtragsetat im Ganzen werden angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Begegnungs- und Wahlprüfungsverhältnisse der Subalternbeamten, wie Botenmeistern, Oberpedellen u. s. w. die denselben gewährten persönlichen Zugang bei der Benennung der Pension mit angerechnet werden.

Die einzelnen Titel des Nachtragsetats und das dazu gehörige Gesetz sowie der Nachtragsetat im Ganzen werden angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Begegnungs- und Wahlprüfungsverhältnisse der Subalternbeamten, wie Botenmeistern, Oberpedellen u. s. w. die denselben gewährten persönlichen Zugang bei der Benennung der Pension mit angerechnet werden.

Die Petition von Justizbeamten, betreffend die Einführung der Wahlprüfungscommissionen, wird der Regierung mit dem Gesuch überwiesen, die Einführung des Systems der Alters- und Stellenzulagen auch für die unten und Subalternbeamten im Bereich der Justizverwaltung in Erwägung zu ziehen, im Übrigen aber über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen.

Die Petition des katholischen Pfarrers Lämmer zu Passenheim in Ostpreußen, bet. die Form der elterlichen Willenserklärung über den Unterricht der Kinder aus Mitleben in einer anderen als der Konfessionschule des Vaters, wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Die Petition aus dem Ermland, bet. die Schließung der Mädchenpensionate bei der Congregation der Katharinerinnen, schlägt die Commission vor, durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen. Die Abg. Krebs (cont.) und Gen. dagegen beantragen, die Regierung zu erläutern, der Congregation der Katharinerinnen für das Mutterhaus in Braunsberg und für die Filialen zu Wormsdorf, Heilsberg und Rössel zu gestatten, junge Mädchen in kost und Logis zu nehmen.

Nach langer Diskussion beschließt das Haus den Übergang zur Tagesordnung.

Die Petition von Gemeinderäthen der Landgemeinde Wittersheim, betreffend die Anlegung eines communalen Begräbnissplatzes dafür, sowie die des Parcellisten Hanßen und Gen. in Düppel, betreffend den Erfaß für Kriegsgräber aus dem Jahre 1864, werden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petition des Directors Dr. Schauenburg in Grefeld, bet. die Berechtigung der Realgymnasiasten zu allen Studien und Staatsprüfungen, empfiehlt die Commission, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Graf (Elberfeld) legt den Standpunkt der Gegner dieser Bezeichnung dar.

Abg. Kropatschek führt aus, daß er durch den Antrag zu den gelehrt Studien, der nach Aufhebung des Berechtigungsmönopols der Gymnasien sicher eintreten würde, sich nicht würde bestimmen lassen, den Realgymnasiasten die Berechtigung vorzuenthalten. Ob die Vorbildung auf den Realgymnasiasten ausreiche oder nicht, darüber können Gymnasiallehrer so wenig wie Realgymnasiallehrer ein Urteil haben, sondern allein die Staats-Regierung, die sich aber bisher noch nicht geäußert habe. Wenn die classische Bildung nicht mehr nötig sei für die Vorbereitung zu dem akademischen Studium, so können auch die Oberrealschulen mit gleichem Recht wie die Realgymnasien die Berechtigung verlangen. Logisch richtiger wäre es dann, die freie Zulassung zu den Universitätsstudien einzuführen. 1873 sei gelegentlich einer Conferenz im Cultusministerium eine ähnliche Ansicht geäußert worden; das klingt aber leichter, als es sei. Die Dinge, die auf der Schule verhältnismäßig leicht angeeignet würden, könnten nur schwer auf der Universität nachgeholt werden. Die Wissenschaft würde bei manuelner Vorbildung der Hörer von der Höhe, auf der sie sich heute befindet, herabfallen, die Dozenten würden ihren Vortrag ganz anders einrichten müssen, jeder einzelne höheren Berufsstände würde darunter leiden. Die Mitglieder dieser Stände brauchen ja nicht alle Gelehrte zu sein; aber es sei doch zu wünschen, daß sie alle wenigstens einmal an der Quelle der Wissenschaft gewesen und die wissenschaftlichen Quellen des Faches kennen gelernt. Das Mehr an naturwissenschaftlichem und neuprälatlichem Unterricht an den Realgymnasien wiege nicht das Mehr des klassischen Unterrichts an den Gymnasien auf, andererseits sei es nur zu bedauern, daß die Gymnasien in neuerer Zeit mit Nebenprälaten immer mehr überlastet worden seien. Redner empfiehlt mit Rücksicht auf die vom Cultusminister beabsichtigte Enquete, die Petition der Regierung als Material zu überweisen. (Erbarter Beifall rechts.)

Das Haus schließt sich dem Antrag Kropatschek an.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen. Petitionen.)

Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

\* Berlin, 21. Mai. Der Kaiser wird, wie nunmehr bestimmt ist, nach seinem Besuch bei der dänischen Königsfamilie nach Christiania reisen, während die Kaiserin sich mit ihren Kindern nach Sachsen auf der Insel Rügen begeben wird.

Vor dem Beginn der großen gemeinschaftlichen Manöver der Flotte und des 9. Armee-Korps bei Flensburg wird der Kaiser mit seinen fürstlichen Gästen in Altona Aufenthalt nehmen und von dort aus nach der Nordsee-Eineinfahrt bei Brunsbüttel und den Hafenbefestigungen bei Cuxhaven fahren, um dieselben in Augenschein zu nehmen und persönlich die Anlage der neuen großen Befestigungen zum Schutz des Kanals und der Elbmündung anzuordnen.

Die „Nachrichten aus der ostafrikanischen Mission“ melden in ihrer neuesten Nummer, daß der Kaiser aus seinem Dispositionsfonds die Summe von 20 000 M. zum Bau eines neuen Krankenhauses bewilligt hat. Die Legationskasse des Auswärtigen Amtes hat diese Summe am 5. Mai bereits ausgezahlt.

Wie man der „Polit. Corr.“ aus Berlin meldet, sind die in Bern zwischen dem deutschen Gesandten von Bülow und dem Schweizer Bundesrat geführten Verhandlungen, betreffend die Erneuerung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz,

so weit gediehen, daß der Abschluß derselben noch vor Ablauf des alten Vertrages, der am 20. Juli zu Ende geht, mit Sicherheit erwartet werden kann.

Richter hat mit Unterstützung der freisinnigen Partei folgende Intervention eingebraucht: „Wie denkt der Herr Reichskanzler über die Aufrechterhaltung der neueren Bestimmungen über die Pflicht und die Aufenthalts-Beschränkung in Elsaß-Lothringen.“

Abg. Siegle beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, statistische Aufnahmen über die Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere über die Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse und die Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Berufszweigen vornehmen zu lassen.

In der heutigen Sitzung der Militärccommission des Reichstags hat der Kriegsminister die Grundzüge der Heeresorganisation dargelegt, welche er in seiner neulichen Rede als Ziel der Heeresverwaltung hingestellt hat. Er betonte, daß es sich dabei bis jetzt nur um Ideen handle, welche im Schoße der preußischen Regierung erörtert worden seien, obne daß die Reichsregierung schon damit besetzt worden sei. Diese Vorschläge hätten auch bis jetzt noch keine concrete Form angenommen; er könne daher über die damit verknüpften Kosten heute noch nichts sagen, und ebenso wenig darüber, wann es möglich sein werde, diese Organisation durchzuführen. Doch werde man dieselbe jedenfalls stoffweise durchführen müssen; es werde sich aber darum handeln, die bestehenden Truppenorganisationen in der Richtung dieser Pläne auszugestalten, also die bestehenden Armeecorps zu verstärken und keine neuen Truppenkörper zu schaffen. Über die Zahl, um die es sich hier handle, mache der Kriegsminister folgende Mittheilung: Aus den 3 Jahrgängen der Dienstaufgaben werden jedes Jahr 11 500 Mann zusammen also 34 500 Mann, zurückgestellt, ferner könnten aus der Zahl der für bezüglich tauglich Erklärten 20 000 Mann entnommen werden, was also eine Gefangenenzahl von 54 500 Mann ausmachen dürfte. Die heute geforderten 18 Millionen sollen nur dazu dienen, die Mindestanforderungen in Bezug auf die solide Ausgestaltung derjenigen Waffen durchzuführen, für welche sie gefordert sind. Die Erfahrsreserve bezeichnet der Kriegsminister als z. B. noch unentbehrlich; die Aufgabe des späteren Systems werde es sein, sie entbehrlich zu machen. Zum Schluß streifte er die Abrüstungsfrage, der gegenüber er sich sehr skeptisch äußerte. Abg. v. Bennigsen erklärte, daß nach diesen Mittheilungen die Vorlage nur im Hinblick auf die späteren Ziele der Verwaltung behandelt werden könne. Dieses Ziel sei die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Sie werde nicht möglich sein, wenn nicht die kürzere Dienstzeit dafür als Aequivalent gewährt werde. Dieselbe sei vielleicht heute noch nicht durchführbar, aber diese Forderung werde darum nicht verschwinden. Abg. Richter erklärte für seine Person, daß er nach den Darlegungen des Ministers sich auf den Standpunkt stellen müsse: keine neuen Soldaten ohne Verkürzung der Dienstzeit. Die heutige Vorlage sei der erste Schritt auf dem vom Minister vorgezeichneten Wege, und daher müsse man schon hier alle Consequenzen für die Zukunft ziehen. Abg. Windthorst betonte, daß durch die heutigen Erklärungen ihm die Stellung zur Vorlage erichwert worden sei. Er vermisse jede Andeutung über die finanzielle Wirkung des großen Planes und frage, wodenn, wenn wir ein Volk in Waffen haben wollen, die Stände blieben, welche für die Ernährung und finanzielle Aufrechterhaltung des Staates zu sorgen hätten. Er wünschte eine bindende Erklärung darüber, ob für den Herbst eine weitere militärische Vorlage zu erwarten sei, die angeblich 5 Mill. erforderlich solle. Der Reichsschatzsekretär v. Malmborg erklärte, daß die Frage der finanziellen Deckung späterer Forderungen noch nicht an die Regierung herangetreten sei, und daß er daher auch keine Auskunft darüber geben könne. Ebenso, wie der Kriegsminister, meinte er, daß durch die Bewilligung der heutigen Vorlage Niemand ein Engagement für die Zukunft übernehme. In den weiteren Debatte erklärten auch die Abg. v. Huene und Ritter die Unmöglichkeit, den Organisationsplan der Regierung durchzuführen ohne die Bewilligung der 2-jährigen Dienstpflicht, während Graf Stolberg erst die Möglichkeit ihrer Durchführung militäritechnisch dargelegt wissen wollte. Am Schlusse der heutigen Verhandlung legte Generalleutnant Vogel v. Falckenstein in eingehender Weise die Stellung der Regierung zur 2-jährigen Dienstzeit dar. Die gesetzlich verkürzte Dienstzeit habe stets ungünstige Resultate gehabt. Die Verkürzung der Dienstzeit auf 2 Jahre würde unter allen Umständen eine erhebliche Erhöhung des Bestandes an Offizieren und Unteroffizieren bedingen. Die Beschaffung dieser Offiziere und Unteroffiziere sei für den Augenblick nicht möglich. Das Militärbudget würde durch die Einführung der 2-jährigen Dienstzeit um 19 Millionen in den fortlaufenden und um mindestens 110 Millionen in den einmaligen Ausgaben (durch Kaserne, Schießplätze u. s. w.) gesteigert werden. Z. B. könne die 2-jährige Dienstzeit unter keinen Umständen eingeführt werden; sollten sich in Zukunft die Verhältnisse aber so ändern, daß eine genügende Verstärkung an Offizieren und Unteroffizieren erreicht werden könne, so werde die Heeresverwaltung die erste sein, welche mit der Forderung an die Volksvertretung treten werde, die für die Durchführung notwendigen Mittel zu bewilligen. Die Commission vertagte sich dann bis zum 9. Juni.

In der Besprechung der bedeutungsvollen heutigen Sitzung der Militärccommission stellt die „Fr. Btg.“ folgendes Ergebnis der Erklärungen der Militärvertreter auf. Bei dem Ersatzgeschäft im Jahre 1888 sind 88 605 Personen der Erfazreserve überwiesen worden, während ausgehoben wurden oder freiwillig in das Heer traten 176 077. Wenn demnach in dem letzten Stadium des neuen Planes alle Erfazreservisten mehrjährig ausgebildet werden, so würde das Ausbildungskontingent sich jährlich auf 262 000 Mann belaufen, was selbst bei zweijähriger Dienstzeit, einschließlich von 90 000 Unteroffizieren, eine Friedenspräsenzstärke von 614 000 Mann gegen gegenwärtig 468 000 Mann ergeben würde. Schon nach der ersten vom Kriegsminister vorgezeichneten Staffel im neuen Plan würde sich eine Steigerung von 55 000 Mann, exkl. der vermehrten Zahl der Unteroffiziere ergeben; schon dadurch würde sich ohne die Einführung der verkürzten Dienstzeit die Präsenzstärke von 468 000 Mann auf mindestens 530 000 Mann erhöhen. Was es für den Volkswohlstand besagen würde, wenn künftig alle irgend brauchbaren, nicht geradezu invaliden Söhne einer Familie zu mehrjährigem Militärdienst eingesetzt würden, bedarf keiner Erörterung.

In die Arbeiterschutzgesetz-Commission des Reichstags wurden gewählt von den Freisinnigen: Schmidt (Elberfeld), Gutsleit, Hirsch, Hähnle, Wöllner und Krause; zum Vorsitzenden der Commission wurde Graf Ballerstrem, zum Stellvertreter Böttcher gewählt.

Auf die Tagesordnung der ersten nach der Pfingstpause am 3. Juni stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses soll die Sperrgeldvorlage gezeigt werden. Nach der „Nord. Allg. Btg.“ ist zwischen der conservativen, freiconservativen und nationalliberalen Partei des Hauses eine Versöhnung in Vorbereitung, welche § 3 der Vorlage betrifft. Derselbe soll dahin formuliert werden, daß die erstmalige Vereinbarung zwischen dem Cultusminister und den Bischöfen über die Verwendung der Sperrgelderrente eine vollständig unbeschrankte sei und den Bischöfen für die ihnen nach solcher Vereinbarung etwa zu überweisenden Dispositionsfonds vollständig freie Hand gelassen werde. Falls jedoch später Abänderungen der getroffenen Vereinbarungen notwendig werden, soll die Verwendung der Rente nur für solche Zwecke erfolgen dürfen, für welche im Staatshaushalt-Estat auch überhaupt Mittel ausgewiesen sind. Sollten für eine Dicke eine Versöhnung über die Verwendung überhaupt nicht erzielt werden, wird daran festgehalten, daß die Rente dem Emeritfonds derselben zustehen soll.

Die „Fr. Btg.“ gibt über die jüngsten Wahlen in der freisinnigen Partei eine ausführliche Darstellung. Sie bezeichnet die Annahme als falsch, daß die Mehrheit der freisinnigen Fraction einen Wechsel im Vorstand des engeren Ausschusses gewünscht hätte. Die Abgeordneten beider Fractionen sind an dem ganzen Vorgang bis auf sechs durchaus unentbehrlich. Dieselben waren fast sämtlich von der Nachricht des vollzogenen Wechsels überaus überrascht. Ebenso falsch ist die Annahme, als ob der Wechsel im Vorstand des engeren Ausschusses für die Partei- und Geschäftsführung, überhaupt

für die laufende Geschäftsführung in der Partei, irgend eine tatsächliche Bedeutung hätte. Richter behält als Geschäftsführer die Leitung wie in früheren Jahren, nicht aus einer Arbeitsstellung, aber aus einer Ehrenstellung der Partei ist er entfernt worden. Ob die von sechs Abgeordneten bewirkte Entfernung aus diesem Amt den Wünschen der Gesamtpartei entsprochen hat, steht dahin; jedenfalls wird dieser Vorgang Richter in der Erfüllung seiner Pflichten der Partei gegenüber ebenso wenig beirren, wie frühere ähnliche Vorgänge.

Die vereinigten nationalliberalen Fractionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses haben das frühere Centralwahlcomitie als Centralcomitie für die Dauer der Legislaturperiode bestätigt.

Die „Nord. Allg. Btg.“ erklärt die Nachricht der „Saale-Btg.“, es habe zwischen Caprivi und Bismarck in diesen Tagen durch besondere Cabinetscouriers ein lebhafter Schriftwechsel stattgefunden, für gänzlich unwahr.

Das kaiserliche Reichspostamt Cydikuhnen hat gegen Neuheiten des Fürsten Bismarck die Dampfschiffssafar angewandt. Die politischen Bekennnisse des Fürsten Bismarck wurden von dem Petersburger Correspondenten des „B. T.“ als indirectes Telegramm über Cydikuhnen befördert. Das dortige Reichspostamt hat, wie es amtlich mittheilt, folgende Aussprüche des Fürsten Bismarck beantwortet: 1) Die Arbeiterfraktion war nur ein Schwertschlag ins Wasser. 2) Peinlich berührt es mich aber, daß ich gegen meinen Willen gewagt habe, eine irriate Zuversichtlichkeit gegen einen Monarchen auszusprechen, den ich als Menschen sehr hoch achte. — Der letztere Ausspruch bezieht sich auf die Unterredung, in welcher Fürst Bismarck dem Kaiser von Russland gegenüber seine Stellung als Reichskanzler als gesichert bezeichnete, da er von dem unbegrenzten Vertrauen seines Monarchen vollkommen überzeugt sei.

Graf von Moltke verließ heute Morgen Berlin, um sich auf sein Gut in Schlesien zu begeben.

Dem Kreis Löwenberg, Reg.-Bez. Liegnitz, welcher den Bau der Chaussee von Löbnitz bis zur Löwenberg-Spillerischen Provinzialstraße, in der Richtung auf Schmottseiffen ausgeführt hat, ist gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung der neuen Straße das Recht der Erhebung eines Chausseegeldes verliehen worden.

Der Pariser Abgeordnete Camille Dreyfus veröffentlicht eine Broschüre, betitelt „Der notwendige Krieg“, die er als Antwort eines Franzosen an Bismarck bezeichnet. Er erklärt es für eine wirtschaftliche Notwendigkeit, den Art. 11 des Frankfurter Friedensvertrages zu brechen. Er berechnet, daß Frankreich seit 1871 für seine Rüstung 15½ Milliarden ausgegeben hat und auf diesem Wege nicht weiter gehen könne; deshalb müsse der Krieg erklärt werden. Frankreich sei der russischen Bundesgenossenschaft sicher; es sei militärisch Deutschland überlegen. Europa werde Frankreich verzeihen, den Krieg begonnen zu haben, wenn es nur siegt.

Im englischen Unterhause soll demnächst versucht werden, eine Debatte über die Beziehungen Englands und Deutschlands in Südafrika anzuregen. Die Veranlassung davon ist die von uns bereits telegraphisch gemeldete Behauptung, daß Salisbury große Gebiete in Südafrika dem deutschen Einfluß abgetreten habe, aber die Informationen über die Zukunft übernehme. In den weiteren Debatte erklärten auch die Abg. v. Huene und Ritter die Unmöglichkeit, den Organisationsplan der Regierung durchzuführen ohne die Bewilligung der 2-jährigen Dienstpflicht, während Graf Stolberg erst die Möglichkeit ihrer Durchführung militäritechnisch dargelegt wissen wollte. Am Schlusse der heutigen Verhandlung legte Generalleutnant Vogel v. Falckenstein in eingehender Weise die Stellung der Regierung zur 2-jährigen Dienstzeit dar. Die gesetzlich verkürzte Dienstzeit habe stets ungünstige Resultate gehabt. Die Verkürzung der Dienstzeit auf 2 Jahre würde unter allen Umständen eine erhebliche Erhöhung des Bestandes an Offizieren und Unteroffizieren bedingen. Die Beschaffung dieser Offiziere und Unteroffiziere sei für den Augenblick nicht möglich. Das Militärbudget würde durch die Einführung der 2-jährigen Dienstzeit um 19 Millionen in den fortlaufenden und um mindestens 110 Millionen in den einmaligen Ausgaben (durch Kaserne, Schießplätze u. s. w.) gesteigert werden. Z. B. könne die 2-jährige Dienstzeit unter keinen Umständen eingeführt werden; sollten sich in Zukunft die Verhältnisse aber so ändern, daß eine genügende Verstärkung an Offizieren und Unteroffizieren erreicht werden könne, so werde die Heeresverwaltung die erste sein, welche mit der Forderung an die Volksvertretung treten werde, die für die Durchführung notwendigen Mittel zu bewilligen. Die Commission vertagte sich dann bis zum 9. Juni.

In der Besprechung der bedeutungsvollen heutigen Sitzung der Militärccommission stellt die „Fr. Btg.“ folgendes Ergebnis der Erklärungen der Militärvertreter auf. Bei dem Ersatzgeschäft im Jahre 1888 sind 88 605 Personen der Erfazreserve überwiesen worden, während ausgehoben wurden oder freiwillig in das Heer traten 176 077. Wenn demnach in dem letzten Stadium des neuen Planes alle Erfazreservisten mehrjährig ausgebildet werden, so würde das Ausbildungskontingent sich jährlich auf 262 000 Mann belaufen, was selbst bei zweijähriger Dienstzeit, einschließlich von 90 000 Unteroffizieren, eine Friedenspräsenzstärke von 614 000 Mann gegen gegenwärtig 468 000 Mann ergeben würde. Schon nach der ersten vom Kriegsminister vorgezeichneten Staffel im neuen Plan würde sich eine Steigerung von 55 000 Mann, exkl. der vermehrten Zahl der Unteroffiziere ergeben; schon dadurch würde sich ohne die Einführung der verkürzten Dienstzeit die Präsenzstärke von 468 000 Mann auf mindestens 530 000 Mann erhöhen. Was es für den Volkswohlstand besagen würde, wenn künftig alle irgend brauchbaren, nicht geradezu invaliden Söhne einer Familie zu mehrjährigem Militärdienst eingesetzt würden, bedarf keiner Erörterung.

In der gestrigen Verhandlung des Kriegsgerichts zu Sofia gestand Panizza zu, daß eine Verschwörung stattgefunden habe. Er behauptet, daß Rissow der Anstifter gewesen. Die Revolution sollte Bulgarien eine von den Mächten anerkannte Stellung schaffen. Nach der Gefangennahme des Fürsten hätte ein Coalitionsministerium das Werk zu Ende führen sollen. Panizza bestreitet, daß an der Verschwörung eine frende Macht (Rußland) sich beteiligt habe.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Bern, 21. Mai. Der Bundesrat schlägt vor, den Artikel 120a der Bundesverfassung derart zu revidieren, daß 50 000 stimmberechtigte schweizer Bürger die Aushebung oder Abänderung einzelner Artikel der Bundesverfassung sowie die Aufstellung neuer Verfassungbestimmungen verlangen können; sobald solches Begehren gefestigt ist, hat die Volksabstimmung darüber zu befinden. Wenn das Volk bejaht, hat die Bundesversammlung die Revision in die Hand zu nehmen.

Haag, 21. Mai. Nach amtlichen Berichten nahmen die Alchinesen am 14. Mai Benting (bei Ebi), welches gänzlich verlassen war; die Holländer versuchten vergeblich mit 300 Mann den Ort wiederzunehmen und verloren dabei 3 Tote und 24 Verwundete. Die Verluste der Alchinesen betrugen 14 Tote und 15 Verwundete.

## Locale Nachrichten.

Breslau, 21. Mai.

1. Die Capelle der schwedischen Garde-Dragoner eröffnete gestern in Liebigs Etablissement die Reihe ihrer Concerte. Der günstige Kurs, welcher unsernorwischen Gästen vorausgegangen war, erwies sich als durchaus berechtigt. Die Musik, welche dem Publikum geboten wurde, war sowohl, was die Zusammensetzung des Programms als die technische Ausführung der einzelnen Stücke anlangt, eine durchaus anerkennenswerte und das Publikum erwies sich denn auch sehr dankbar. Räumlich waren es die Ouvertüre zur „Sturm von Portici“, der Marsch der finnändischen Kürassiere aus dem 30jährigen Kriege, sowie das Potpourri aus den schwedischen Volksliedern, welche den lebhaftesten Beifall verdienten und fanden. Interessant und wirklich war auch der schwedische Zapfenstreich, welcher, in Inhalt und Form von dem unsrigen wesentlich abweichend, auf Verlangen des Publikums wiederholt werden mußte. Wohlthuend für das Ohr wirkte es namentlich, daß nicht, wie so häufig bei Reitercapellen, die Bassinstrumente allzu sehr hervortraten, eine Wirkung, die wohl hauptsächlich durch die gute Beschaffung der Mittelstimmen erzielt wurde. Wenn nun auch der lebhafte Beifall, welcher dieser Musik gezollt wurde, ein durchaus berechtigter war, so war es doch andererseits unberechtigt, daß unsere Breslauer Concertcapelle, deren Leistungen mit denen unserer Gäste in anerkennender Weise wettsetzten, fast ganz ignoriert wurde. Es schien sich hier wieder einmal der alte Satz zu bestätigen, daß das Gute nur Anerkennung findet, wenn es von draußen kommt. Nur einmal wandte sich die allgemeine Aufmerksamkeit der Tribüne unserer einheimischen Capelle zu, als Fräulein Donhoff als Virtuosin auf dem Cornet à piston auftauchte. Auch ihre Leistungen wurden vom Publikum mit lebhaftestem Beifall gelobt, eine Anerkennung, die um so mehr zu schätzen ist, als die Erwartung des Publikums durch die vorangegangenen Leistungen höher gespannt war.

Der Besuch des Concertes war ein recht zahlreicher, und es scheint hieraus, als ob der früher so beliebte Garten, unter dessen herlichem Laubdach der Aufenthalt ein äußerst anaerobes ist, sich wieder die Gunst auch des besseren Publikums erlangen werde. — Zu dem obenerwähnten finnändischen Reitermarsch, welcher nach Jahrhunderter langer Vergessenheit zum ersten Mal bei dem fünfhundertjährigen Jubiläum der Universität Heidelberg und zwar mit denselben Instrumenten wieder gespielt wurde, auf denen er von jenen nordischen Reitern gespielt worden ist, wird uns noch folgende Episode mitgetheilt: Als der Kaiser auf seiner Nordlandsreise begriffen war, spielte die Capelle des Garde-Dragoner-Regiments vor demselben. Unter den zum Vortrag gebrachten Stücken gefiel dem Kaiser der Finnische Marsch besonders gut. In wohlwollendem Gespräch mit dem Capellmeister erbte sich der Kaiser die Zustellung der Partitur des Marsches für seine Militär-Musikcorps und fügte unter lobendem Hervorheben des Spiels hinzu: „Kommen Sie doch einmal gelegentlich nach Deutschland.“

= = = Wasserverbrauch. Im Verlaufe des Monats April betrug der Verbrauch 702 210 Kubikmeter, also durchschnittlich täglich 23 407 Kubikmeter.

\* Feuerwehralarmierung. Heut Vormittag um 6 Uhr 40 Min. wurde die Feuerwehr nach der Obauerstraße Nr. 47 gerufen, wo in einer Tapetenwerkstatt im 2. Stock des im Hof befindlichen Quergebäudes Polstermöbel, Stoffe, Fabrics, Decorationsstücke, Kleidungsstücke etc. brannten. Von dem Feuer, das mittelst einer Spritze und durch Schläuche von einem Hydranten aus gelöscht wurde, sind auch 18 Fensterläden gesprungen. Die Entstehungsursache ist bisher nicht ermittelt worden.

\* Verschwunden. Der Stellenbesitzer Wilhelm Scholz in Klein-Peterwitz, Kreis Mühlitz, übergab am 16. d. M. dem dortigen Handelsmann Karl Kupke eine Fuhr Heu, damit er dieselbe nach Breslau fahre und verkaufe. Der Mann ist auch mit dem Wagen hier eingetroffen, seit jenem Tage aber spurlos verschwunden. Das Fuhrwerk, das ihm der Stellenbesitzer übergeben, besteht aus einem Leitwagen, bepannt mit einem achtjährigen braunen Pferde (Wallach) mit weissen Hinterfesseln. Es wird vermutet, daß er entweder verunglückt ist oder daß er das Fuhrwerk verkaufte und flüchtig geworden ist.

\* Sturz aus dem zweiten Stockwerk. Der auf der Bohauerstraße wohnende 16 Jahre alte Zimmerlehrling Emil Pötzold stürzte heute Vormittag in einem hiesigen Neubau aus der Höhe von zwei Stockwerken auf den Erdboden herab. Der Lehrling, welcher bei dem Aufprall einen Schädelbruch und eine schwere Verletzung der Wirbelsäule erlitt, fand Aufnahme in der königlichen chirurgischen Klinik.

\* Unglücksfälle. Körperverletzung. Der Arbeiter August Schraube aus Klein-Mochbern kam am 20. d. M. bei seiner Beschäftigung mit der rechten Hand in das Getriebe einer Maschine und erlitt eine schwere Verletzung der Hand. — Auf dieselbe Weise verunglückte am Dienstag der auf der Malergasse wohnende Bandsägearbeiter Oswald W. Dertelbe trug eine schwere Verletzung der linken Hand davon. Beide Verunglückten wurde in der königlichen chirurgischen Klinik ärztliche Hilfe zuteil. — Ein 18 Jahre altes Dienstmädchen hatte sich am 19. d. M. aus seiner Stellung hier entfernt und war zu seinen Eltern zurückgekehrt. Am 20. d. M. Vormittag brachte die Mutter das Mädchen zurück zu ihrer seitherigen Dienstherrin und ersuchte zugleich um eine glimpfliche Behandlung ihrer Tochter. Dies nahm der Dienstherr so übel auf, daß er die Frau zur Thür hinausschickte. Die Frau schlug in Folge dessen bestig auf die Trottoirplatten und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie in das Allerheiligste Hospital aufgenommen werden mußte.

\* Unglücksfall. Die Arbeiterin Bertha Schippe aus Pöpelwitz, welche in der Schrauben- und Muttern-Fabrik „Archimedes“ auf der Märkischen Straße arbeitet, war am 20. d. M. Mittags damit beschäftigt, mit der rechten Hand in das Getriebe einer Maschine und erlitt eine schwere Verletzung der Hand. — Auf dieselbe Weise verunglückte am Dienstag der auf der Malergasse wohnende Bandsägearbeiter Oswald W. Dertelbe trug eine schwere Verletzung der linken Hand davon. Beide Verunglückten wurde in der königlichen chirurgischen Klinik ärztliche Hilfe zuteil. — Ein 18 Jahre altes Dienstmädchen hatte sich am 19. d. M. aus seiner Stellung hier entfernt und war zu seinen Eltern zurückgekehrt. Am 20. d. M. Vormittag brachte die Mutter das Mädchen zurück zu ihrer seitherigen Dienstherrin und ersuchte zugleich um eine glimpfliche Behandlung ihrer Tochter. Dies nahm der Dienstherr so übel auf, daß er die Frau zur Thür hinausschickte. Die Frau schlug in Folge dessen bestig auf die Trottoirplatten und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie in das Allerheiligste Hospital aufgenommen werden mußte.

\* Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: eine Damencylinderuhr, ein schwarzer Kreppputz mit Schleier, eine goldene Brille aus einer Kaiser-Friedrich-Münze gefertigt, ein Stock, ein schwarzer Sonnenhut, ein schwarzes Ledervorlemonnaie mit Geld, ein Körbchen mit Lebensmittel, eine Börse mit Geld. — Abhanden gekommen: einem Herrn aus Ramslau ein goldenes Medaillon mit einem männlichen und einem weiblichen Portrait, einer Dame aus Bries eine Vignette aus Schlosspatz mit langem Stiel, einem Landwirt von der Bartlößstraße ein goldener Siegelring mit brauem Stein, gravirt B. N., der Frau eines Restaurateurs vom Dominikanerplatz ein grunes Luchjaquet mit Moiréklappen, einer Schneiderin von der Schuhbrücke eine Granatenhalskette mit goldinem Kreuz. — Gestohlen: einer Bäuerinfrau von der Kurzen Gasse ein Kopftuch mit schwarz-weiß-roth gestreiftem Überzug, einer Witwe von der Gräblicherstraße eine Partie Wäsche, einem Dienstmädchen von der Bahnhofstraße ein Thalerstück, einem Kaufmann von der Klosterstraße eine Menge Wäsche, gezeichnet A. P., B. P. und E.

## Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

**Berlin, 21. Mai.** **Neueste Handelsnachrichten.** Geld war heute billiger angeboten; der Privatdiscont ermässigte sich um  $\frac{1}{8}$  pCt.; Ultimogeld stellte sich auf  $\frac{3}{4}$  pCt. — Die Actien der Deutschen Bank stiegen an der heutigen Börse um 3 pCt.; es war nämlich das Gerücht verbreitet, dass die genannte Bank in Gemeinschaft mit der Firma Siemens und Halske das Mannesmann'sche Röhrenpatent erworben habe. Das Gerücht hat nach der „Nat.-Ztg.“ eine feste Basis, wenn auch an maassgebender Stelle der Abschluss dieses Geschäfts nicht zugegeben wird. — Die heutige Steigerung der Kohlenactien ist auf ein Gerücht zurückzuführen, wonach die hiesige Imperial-Gas-Association 300000 T. Gaskohle bei verschiedenen Zeichen (Gelsenkirchen, Hugo etc.) zum angeblichen Preise von 120—150 M. abgeschlossen habe. — Dem „Popolo Romano“ zufolge schloss das deutsche Banksyndicat definitiv den Vertrag ab wegen Errichtung der neuen italienischen Bodencreditanstalt mit einem in Serien getheilten Capitale von 100 Mill. Das Syndicat übernimmt ferner sofort 20 Mill. Obligationen zur Sanirung von Neapel. — Londoner Privatdepeschen, die an der heutigen Börse hier eintrafen, meldeten, es stelle sich heraus, dass der Präsident der Vereinigten Staaten Garrison Gegner der Silberbill sei; anderseits meldet dem „B. T.“ ein Telegramm eines Londoner Correspondenten: Bezuglich der Silberbill ist eine Einigung erzielt, sodass dieselbe in der ursprünglichen Form, nur mit der unweisenlichen Aenderung angenommen werden wird: die Münzung wird monatlich auf  $\frac{4}{5}$  Mill. Pfund Silber beschränkt und das Werthverhältniss zum Golde wie 1:16 festgesetzt. — Die Generalversammlung des Vereins für Rübenzuckerindustrie im Deutschen Reich trat heute der Eingabe des Directoriums an den Reichskanzler bei, welche gegen die Aufhebung der Materialsteuer und der Ausfuhr-Vergütung gerichtet ist, mit der Erklärung, dass dadurch die deutsche Zuckerindustrie concurrenzfähig auf dem Weltmarkte werde gegenüber den Industrien anderer Länder, welche eine grössere Ausfuhrprämie hätten. — Nach statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduktion des Deutschen Reichs — einschliesslich Luxemburg — im April 1890 auf 398457 Tonnen, darunter Puddelroheisen und Spiegelroheisen 179100, Bessemerroheisen 36260, Thomasroheisen 138203, Giessereiroheisen 44894. Die Produktion im April 1889 betrug 372742 Tonnen, im März 1890 416948. Vom 1. Januar bis 30. April 1890 wurden producirt 1551497 T. gegen 1455265 in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

**Madrid, 21. Mai.** Die heutige Generalversammlung der spanisch-deutschen Bank beschloss, eine fünfprozentige Dividende pro rata temporis des ersten Geschäftsjahrs zu vertheilen. Der Bericht des Verwaltungsraths constatirt, dass die Entwicklung der Bank eine befriedigende ist.

**Berlin, 21. Mai.** **Fondsbörse.** Der heutige Verkehr eröffnete auf allen Gebieten schwächer. London meldete Realisationslust aus Anlass der bevorstehenden Feiertage, was auch wohl für die hier herrschende Verkaufslust in erster Linie mitbestimmend war. Ausserdem lagen Londoner Broker-Depeschen vor, wonach Newyorker Berichten zufolge, der Präsident der Vereinigten Staaten beabsichtige, sein Veto gegen die Silberbill einzulegen. Bergwerke lagen auf schlechte Marktberichte vom Rhein wesentlich mäder und beeinflussten durch ihre Haltung gleichfalls die der übrigen Märkte. Indessen waren Kohlenwerthe vorübergehend etwas besser, da die Nachricht, dass die königliche Bergwerksdirektion Saarbrücken die Kohlenpreise für das zweite Semester unverändert gelassen, zum Theil sogar etwas erhöht, Anlass zu Deckungskäufen gab. Im Allgemeinen war auch heute von einer grösseren Lebhaftigkeit des Geschäfts, oder einer stärkeren Theilnahme des Privatpublikums nichts zu spüren. Bochumer 160,30—160,10—163,10—162,75, Nachbörse 162,25. Dortmunder 86,50—86,25—87,90, Nachbörse 87,60. Laura 135,90—135,70 bis 137,25. Nachbörse 137. Banken anfänglich schwach, dann erholt. Credit 163—163,70—163,30. Nachbörse 163,40. Commandit 218,90 bis 220—219,40. Nachbörse 219,60. Renten ziemlich behauptet, nur Ungarn schwächer, ultimo 89,90—89,80. Nachbörse 89,60. 1880er Russen 97,40 bis 97,30. Nachbörse 97,40. Russische Noten 231,75—231,50—232,75. Nachbörse 232,50. Auf dem Bahnemarkte lagen die östlichen Bahnwerthe anfänglich matt, erholteten sich aber später wieder. Unter österreichischen Bahnen Elbenthal und Dux-Bodenbach fest, Franzosen und Galizier büsssen bei sehr beschränkten Umsätzen Bruchtheile eines Procents ein. Gotthardbahn litten unter Abgaben, auch die übrigen schweizerischen Bahnwerthe neigten nach unten. Auf dem Gebiete der Cassabanken herrscht Festigkeit, die Umsätze aber hielten sich in sehr engen Grenzen. Für Berg- und Hüttenwerke herrschte vielseitig Kauflust. Inländische Anlagewerthe erfuhrten nur geringe Veränderungen,  $\frac{3}{4}$  proc. Reichsanleihe und  $\frac{3}{4}$  proc. Consols büsssten je 0,10 pCt. ein. Österreichisch-ungarische Prioritäten gut zu lassen. Serben zeigten leichte Abschwächungen. Für Italiener rege Nachfrage. Russische Prioritäten recht fest, 4 proc. Werthe bevorzugt, beliebt, höher Rybinsk. Amerikaner gingen ziemlich lebhaft um, 5 proc. Northern und 5 proc. Central-Pacific standen im Vordergrunde.

**Berlin, 21. Mai.** **Productenbörse.** Die Nachrichten vom Inlande bezüglich des Standes der Feldfrüchte lauten andauernd sehr günstig. Heute herrschte flache Stimmung, welche Mittags aber nicht Stand hielt, vielmehr theilweise einer festen Tendenz das Feld räumen musste. — Loco Weizen still. Im Terminkandel heute im Gegensatz zu letzter Zeit überhaupt, Juni-Juli vernachlässigt, eher etwas billiger wie gestern, obwohl von Amerika höhere Notirungen vorlagen. Dagegen Herbstlieferung anscheinend hauptsächlich für Oesterreich-Ungarn lebhaft gefragt und nach langer Zeit weniger reichlich offerirt als beachtet, so dass der Cours um etwa  $\frac{1}{2}$  M. anzog und auch schloss. — Loco Roggen feinere Waare mehr beachtet. Termine setzten unter der Wirkung des äusserst günstigen Wetters recht matt ein, aber es stellte sich bald überwiegender Begehr heraus für nahe Sicht, und zwar wiederum in Deckung gegen Waare, welche für den hiesigen Markt bestimmt war, aber entzogen ist. Für spätere Termine traten endlich die Commissionnaire begehrnd heraus, dadurch konnte sich der Markt befestigen und etwa auf der gestrigen Höhe schliessen. — Loco Hafer matt; Termine zwar etwas billiger aber keineswegs flau. — Roggenmehl am Schlusse befestigt, indess immer noch etwas niedriger als gestern. — Mais schwach behauptet. — Rüböl per Mai in Deckung neuerdings 1 Mark höher, auch per Herbst rege beachtet und merklich besser in Folge von Abschlüssen hiesiger Mühlen nach England. — Spiritus litt durch fortgesetzte Realisationen und schloss ohne Erholung etwa 30 Pf. billiger als gestern.

**Posen, 21. Mai.** Spiritus loco ohne Fass 50er 53,10, 70er 33,20. Tendenz: Still. — Wetter: Schön.

**Hamburg, 21. Mai.** 3 Uhr 30 Min. Nachmittags. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Mai 85 $\frac{3}{4}$ , per September 83 $\frac{1}{2}$ , per December 78 $\frac{1}{4}$ , per März 1891 77. — Tendenz: Behauptet.

**Amsterdam, 21. Mai.** Nachm. Java-Kaffee good ordinary 53 $\frac{1}{4}$ . Havre. 21. Mai, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Teleg. der Hamberger Firma Peimann Ziegler und Co.) **Kaffee.** Good average Santos per Mai 108,50, per September 105,00, per December 97,50. — Tendenz: Fest.

**Hamburg, 21. Mai.** **Zuckermarkt.** Geschlossen. Paris. 21. Mai. **Zuckerbörse.** Anfang. Konzucker 88° matt, 100 30,75, weisser Zucker matt, per Mai 34,00, per Juni 34,25, per Juli-August 34,37, per October-Januar 33,00.

**Paris, 21. Mai.** **Zuckerbörse.** Schluss. Rohzucker 88° matt, 100 30,75, weisser Zucker weichend, per Mai 33,87, per Juni 33,87, per Juli-August 34,12, per Octbr.-Januar 33,00.

**London, 21. Mai.** **Zuckerbörse.** 96% Java-Zucker 14 $\frac{3}{4}$ , ruhig. Rüben-Rohzucker (neue Ernte) 12 $\frac{1}{4}$ , ruhig.

**London, 21. Mai,** 12 Uhr 15 Minuten. **Zuckerbörse.** Käufer. Bas. 88%, per Mai 12,3, per Juni 12,3 $\frac{1}{4}$ , per Juli 12,4 $\frac{1}{2}$ , per October-December 11,10 $\frac{1}{2}$ .

**London, 21. Mai,** 4 Uhr 26 Min. **Zuckerbörse.** Unverändert.

**Newyork, 20. Mai.** **Zuckerbörse.** Fair refining muscovadoes 4 $\frac{3}{4}$ .

**Bremen, 21. Mai.** (Schlussbericht.) Petroleum steigend, 100,95 bez.

**Hamburg, 21. Mai.** Petroleum fest, loco 6,95 Br. und Gd., per August-December 7,30 Br. und Gd.

**Antwerpen, 21. Mai,** 2 Uhr 15 Min. Nachm. (Petroleum-markt.) (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 17 $\frac{1}{4}$  bez., 17 $\frac{1}{2}$  Br., per Mai 17 $\frac{1}{4}$  Br., per August 17 $\frac{1}{2}$  Br., per Septbr.-Decbr.

**Amsterdam, 21. Mai.** Bancazinn 57.

**London, 21. Mai.** Chili-Kupfer 52 $\frac{1}{4}$ , p. 3 Monat 53 $\frac{1}{4}$ .

**Glasgow, 21. Mai.** **Rohlsen.** 20. Mai. 21. Mai. Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. 44 Sh. 6 D. 44 Sh. 2 D. Der Markt ist bis Dinstag geschlossen.

**Kammzug-Terminkredit.** Leipzig, 21. Mai. [Original-Telegramm von Berger & Co. in Leipzig.] Entfernte Termine 4,47 $\frac{1}{2}$ , 4,50 verbandlich. Tendenz: Schwach.

**Börsen- und Handels-Depeschen.** Berlin, 21. Mai. [Amtliche Schluss-Course.] Fest. Eisenbahn-Stamm-Actien. Intändische Fonds.

Cours vom 20. 21. Cours vom 20. 21.

Galiz. Carl-Ludw. ult. 84 70 84 90 D. Reiche-Anl. 40% 107 70 107 70

Gotthard-Bahn ult. 172 60 172 10 do. do. 31 $\frac{1}{2}$ % 101 40 101 30

Lübeck-Büchen ... 178 60 178 90 Posener Pfandbr. 40% 101 90 101 90

Mainz-Ludwigshaf. 119 — 119 — do. do. 31 $\frac{1}{2}$ % 98 90 99 —

Marienburger ... 67 40 67 20 Preuss. 40% cons. Anl. 106 60 106 60

Mecklenburger ... — — do. do. 31 $\frac{1}{2}$ % 101 50 101 40

Mitteimeroaahn ult. 115 20 114 40 do. Pr. Anl. deß 164 — 162 70

Ostpreuss. St. Act. 101 50 101 — do. 31 $\frac{1}{2}$ % St. Schlüsc. 100 — 99 90

Warschau-Wien. ult. 215 — 214 90 Schi. 31 $\frac{1}{2}$ % Pfdr. 99 50 99 60

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Breslau-Warschau. 59 60 59 60 do. Rentenbriefe. 103 40 103 20

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Obersch. 31 $\frac{1}{2}$ % Lit. E. 99 50 99 60

do. 40% 187 101 10 100 90

R.-O.-U.-Bahn 40% 101 10 100 90

Ausländische Fonds.

Egypter 40% 98 20 97 80

Italienische Rente. 96 10 95 90

do. Eisenb.-Oblig. 58 90 58 90

Mexikaner ..... 98 70 98 70

Oest. 40% Goldrente 95 20 95 20

Bismarckn. 212 — 211 20 do. 40% Papier. — 77 20

Bochnia-Gusstahl. ult. 161 50 162 do. 41 $\frac{1}{2}$ % Silbern. 77 80 77 40

Brsl. Bieror. St.-Pr. — 62 — do. 1860er Loose. 123 90 123 80

do. Eisenb.-Wagno. 160 30 161 — do. 50% Pfandbr. 67 30 67 40

do. Pferdbahn. 142 — 142 — do. Liou.-Pfandbr. 63 90 63 90

do. verein. Oeflär. 91 50 91 50 do. Rum. 50% Staats-Obl. 99 — 99 —

Donnersmarck. ult. 82 90 83 20 do. 60% do. 102 90 102 90

Dortm. Union-St.-Pr. 88 — 87 70 Russ. 1880er Anleile. 97 30 97 30

Erdmannsdri. Spinn. 99 20 98 — do. 1883er do. 108 10 108 20

Fraust. Zuckerfabrik 139 — 140 20 do. 1889er do. 97 80 97 60

Giese. Cement. 129 — 128 70 do. 41 $\frac{1}{2}$ B.-Cr.-Pfdr. 99 70 100 —

GörlEis.-Bd.(Lüders). 167 — 167 — do. Orient-Anl. II. 71 50 71 50

Hofm.Wagonfabrik 165 20 165 20 Serb. amort. Rente. 87 20 86 80

Kattowitz-Bergb.-A. 128 70 130 — Türkische Anleile. 19 10 18 90

Kramata Leinen-ind. 138 70 — do. Loose. 81 60 80 20

Laurahütte ..... 137 50 138 — do. Tabaks-Actien 130 50 129 75

NobelDyn. Tr.-Cult. 159 — 159 — Ung. 40% Goldrente 90 10 89 80

Oscini. Chamotte-F. 133 — 132 70 do. Papierrente .. 86 — 86 10

do. Eisb.-Bed. 95 — 95 —

do. Eisen-Ind. 171 — 170 70 do. 100% 3 M. —

do. Portl.-Cem. 128 60 129 — do. 100% 2 M. —

Oppeln Portl.-Cem. 113 20 112 70 do. 100% 2 M. —

Reidenhütte St.-Pr. — 119 — do. Oblig. —

Schlesischer Cement 150 25 150 70 do. 100% 3 M. —

do. Dampf.-Comp. 117 40 118 — do. 100% 3 M. —

do. Fenerversich. — — do. 100% 3 M. —

do. Zinkh. St.-Act. 184 — 184 — do. 100% 2 M. —

do. St.-Fr.-A. 184 — 183 — do. 100% 2 M. —

Tarnowitzer Act. ... 22 70 23 — do. St.-Pr. 90 90 90 —

**Statt besonderer Meldung.**  
Die Verlobung ihrer Tochter **Hedwig** mit Herrn **Georg Rother** hier zeigen ergebenst an [7087]

Leopold Cuhn und Frau  
Auguste, geb. Sommerfeld.  
Breslau, den 20. Mai 1890.

Als Verlobte empfehlen sich  
**Hedwig Cuhn,**  
**Georg Rother.**

Die Verlobung meiner Tochter **Clara** mit dem Kaufmann Herrn **Paul Goldschmidt** hier beehe ich mich ergebenst anzuseigen.

Breslau, den 22. Mai 1890.

**Michael Krebs.**

**Clara Krebs,**  
**Paul Goldschmidt,**  
Verlobte.

**Verpätet.**

**Dr. Johannes Kriege,**  
kaiserl. deutscher Consul a. i.  
in Muncion, Paraguay,  
**Adelheid Kriege,**  
geb. Hoffmann,  
Vermählte. [1661]  
Buenos Ayres, den 31. März 1890.

Am 16. d. starb am Gehirnsthag mein lieber Schwager, der Kaufmann

**Berthold Pings**  
in New-York.

Dies zeigt seinen zahlreichen Freunden und Bekannten ergebenst an im Namen der Hinterbliebenen

**Heinrich Binner.**

Berlin, den 18. Mai 1890.

**Statt besonderer Meldung.**

Heute Nacht starb nach langem Leiden unsere geliebte Schwester, Nichte und Cousine [7092]

**Emille Richter.**

Breslau, den 21. Mai 1890.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Beerdigung: Freitag Nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des israelitischen Friedhofes aus.

Heut Nachmittag verschied nach langen Leiden meine innigste geliebte Frau, unsere gute Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

**Fran Nanny Cohn, geb. Friedlaender,**  
im 75. Lebensjahr.  
Liegritz, 21. Mai 1890

Im Namen der Hinterbliebenen  
**Siegfried Cohn.**

Beerdigung: Freitag, den 23. Mai, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Kleiner Ring 28.

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei dem Hinscheiden unserer geliebten Mutter [6215]

**Adelheid Jonas, geb. Rinkel,**  
sagen hierdurch den innigsten Dank

Guhrau, den 20. Mai 1890.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Residenz-Theater.**

Nicolaistraße Nr. 27.

Sommer-Saison.

Direction: F. Witte-Wild.

Donnerstag, den 22. Mai 1890.

Gastspiel des Fr. Mila

Hof von der deutschen Oper in

New-York und des Herrn Jean

Feltz vom Carl-Theater in Wien.

Zum 3ten Male: Mit vollständig

neuer Ausstattung: "Der arme

Jonathan." Operette in drei

Achten von E. Millöcker.

Der Billetverkauf findet bei Hrn.

Gustav Schulz, Nicolaistr. 24, statt.

Zur russischen Schaukel,

Morgenau.

Heute Donnerstag, den 22. Mai 1890:

**Großes Concert**

der gesamten Stadttheater-Capelle.

Eintritt pro Person 20 Pf.

Kinder in Begleitung Erwachsener frei.

Anfang 6 Uhr.

**Sommertheater**

Kyriz-Pyriz.

Posse mit Gesang in 3 Acten.

Anfang 7 Uhr. [6225]

Omnibusverbindung bis zum

Mauritiusplatz bis nach Schluss der

Beschaffung.

Zeltgarten. [6219]

**Großes Concert**

von der Capelle des Musik-

directors Hrn. D. v. Ehrlich.

Anfang 7½ Uhr.

Eintritt im Garten 10 Pf.,

im Saal 20 Pf.

**Victoria-Theater**

(Simmenauer Garten).

Neue Taschenstraße 31.

Heute Donnerstag, d. 22. Mai:

Ventes Auftritte

des russ. Clown **Durov**.

Durov wird an diesem Abend ein

ganz neues, bisher hier noch nicht

gespieltes Programm vorführen.

U. a.: "Konzert", "Corso-

fahrt" mit Schwein, Ziegenbock u.

Hund". Auftr. des übrigen Künstler-

Personal. — Anfang 8 Uhr.

**Circus Renz.**

Breslau — Loniensplatz.

Donnerstag, den 22. Mai,

Auftritt 7½ Uhr:

Auf vielseitiges Verlangen:

**Diamantine** Große

equestrisches

Ballet-Ausstattungsst. 6 irland.

Tagepferde (Original-Dressur),

von Herrn Fr. Renz. Das Schul-

tier Camilla, geritten von Fr.

Oceana Renz. Auftritte

der vorzüglichsten Reitkunst-

lerinnen und Reitkünstler.

Fantasia - Quadrille, geritten

von 16 Damen. Morgen Freitag

Komiker-Vorstellung.

Sonntag und Montag:

(Pfingst-Festtage) täglich Zwei

Vorstellungen. 4 und 7½ Uhr.

Um 4 Uhr Nachm. (1 Kind frei.)

In den beiden Nachmittags-Vor-

stellungen findet auf vielseitiges

Verlangen Aufführung statt.

**Echte Linoleum.**

Original-Fabrikpreise

[6240] pro Quadratmeter

Glatt 2½—3 mm stark 2,50 Mk.

Glatt 3½—4 mm stark 2,85 Mk.

Gemustert 3½—4 mm 3,30 Mk.

Gemustert 2½—3 mm 2,75 Mk.

Qualitäts-Proben u. Muster franco.

**Korte & Co., I. Et.**

Synagoge d. Jugendgottes. Sonnenstr. 25.

Tgl. früh 5½, Abends 8, am Sonnab-

u. a. d. Festtagen Vorm. 8, Nachm. 4 U.

am Montag Predigt.

Liebichs Etablissement.

Täglich

**Großes Doppel-**

**Concert**

von der

Capelle des Königl.

Schwedischen Garde-

Dragoner-Regiments

Schoonen

aus Stockholm,

unter Leitung ihres Dirigenten

Herrn Capellmeister

Lieutenant Ecklund,

und der

Breslauer

Concert-Capelle,

unter Leitung ihres Dirigenten

Herrn Capellmeister

Georg Riemenschneider.

Gastspiel

der Biston-Wirtwoß Gräul.

**Rosa Donhoffer.**

Eintritt 50 Pf., Kinder 20 Pf.

Anfang Wochentags 8 Uhr.

Sonntags und Feiertags 5 Uhr,

Ende 11 Uhr. [6155]

**Victoria-Theater**

(Simmenauer Garten).

Zu meinem heutigen Donnerstag,

den 22. Mai, stattfindenden

**Benefiz**

lade ich alle meine Freunde, Bekannte

und Gönner freundlich ein. [6232]

Anatol Durow.

**Liebichs-Höhe.**

Heute Abend [6235]

**Großes Concert.**

Aufgang 7 Uhr.

**TIVOLI**

Neudorf-Strasse 35.

Heute

Donnerstag, den 22. Mai:

Ventes Auftritte

des russ. Clown **Durov**.

Durov wird an diesem Abend ein

ganz neues, bisher hier noch nicht

gespieltes Programm vorführen.

U. a.: "Konzert", "Corso-

fahrt" mit Schwein, Ziegenbock u.

Hund". Auftr. des übrigen Künstler-

Personal. — Anfang 8 Uhr.

**Heut: Gemengte Speise.**

J. Glennitz, Enderstr. 12.

**Strehlener Bierhalle,**

Kornecle.

Täglich Mittagstisch,

Couvert 75 Pf.

Suppe,

Mittelergericht,

Braten,

Compt oder Salat.

**Zum Pfingstfeste**

# Pariser & Strassner,

Breslau, Ring 37,

Sonder-Personenzug von Breslau bis Namslau nach Schluss der Theater und des Circus Menz.

Einfache Personenzug-Fahrpreise gültig für Hin- und Rückfahrt.

Am Mittwoch, den 28. Mai d. J., Abends, verkehrt ein Sonderzug mit II. und III. Wagenklasse von Breslau nach Namslau in folgendem Fahrplane:

Ortszeit.  
Breslau Märk. Bahnhof..... ab 1145 Nachts.  
Breslau Oderthorbahnhof..... 1200  
Oels..... 1255  
Namslau..... an 133

Der Zug hält auf allen Unterwegsstationen. Der genaue Fahrplan ist aus den Aushängen auf den Stationen zu ersehen. Hinfahrt nach Breslau am 28. Mai erfolgt mit den fahrplanmäßigen Personenzügen.

Breslau, im Mai 1890.

Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amt (Breslau—Tarnowitz).

Eisenbahn-Directionsbezirk Berlin.

Sonder-Personenzug zum Pfingstfeste von Breslau (Oberleiser Bahnhof)

nach Berlin (Stadtbahnhof) mit ermäßigten Fahrpreisen.

Am Pfingstsonnabend, den 24. Mai d. J., wird von Breslau über Kohlsdorf-Sommerfeld ein Sonder-Personenzug nach Berlin abgefahren.

Absatz in Breslau O.S. Bahnhof gegen 12½ Uhr Mittags,

Ankunft in Berlin (Stadtbahnhof) nach 8 Uhr Abend.

Zu diesem Zuge werden auf allen Haltestationen befestigt, sowie auch in Hörsberg, Greiffenberg und Lauban Rückfahrtarten II. und III. Klasse mit ungefähr 40 Prozent Ermäßigung und achtägiger Gültigkeit nach Berlin (Stadtbahnhof) ausgegeben. Das Rähere enthalten die auf den Stationen einige Tage vorher zum Aushang kommenden Bekanntmachungen.

Breslau, im Mai 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt (Breslau—Sommerfeld).

Belehrung.

Während der diesjährigen Pfingstzeit, und zwar vom 23. bis 28. Mai d. J., werden vor dem erfahrungsmäßig am meisten belasteten Personenzügen 11, 13, 16, 18, 19 und 22 zwischen Breslau und Myslowitz über Döswicke und Cösel-Kdrz., sowie am 1. und 2. Pfingsttag vor dem Zuge 9 von Breslau bis Cösel-Kdrz. Vor-Züge verkehren. Diese Vor-Züge, welche etwa 15 bis 25 Minuten vor den Hauptzügen fahren und auf denselben Stationen, wie leichtere, anhalten werden, befördern Personen in denselben Wagenklassen, wie die Hauptzüge.

Der Fahrplan der Vor-Züge hängt auf den Stationen in der Nähe der Fahrkarten-Ausgabestellen aus.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt (Brieg—Lissa).

F. Welzel,

Pianoforte-Fabrik und Magazin, gegründet 1835, jetzt in den Räumen 16 Albrechtsstr. Breslau (Nr. 16, 1. Etage)

Bischofstraße-Ecke,

im Hause von G. Philipp & Comp., der Königlichen Regierung schrägüber, empfiehlt sein reichhaltiges Lager nach neuesten Systemen gebauter

[5616]

Cabinet-Flügel und Pianinos, kreuzsaitig und doppelt kreuzsaitig, in verschiedenem, jedoch nur stylgerecht ausgeführtem Umbau, vom geschmackvoll

Einfachen bis zur reichsten Ausstattung

in Eiche, antik, Nussbaum matt und blank, Ebinet, schwarz matt und blank, sehr preiswürdig, unter langjähr. Garantie, Harmoniums, deutsches und amerikanisches System, aus ersten Fabriken, in verschiedenen Größen u. Ausstattungen von 150 Mark an.

Gute gebrauchte Pianinos und Flügel sind jetzt stets in Auswahl zu allen Preisen vorrätig und werden solche bei Umtausch in Zahlung genommen, Ratenzahlungen bewilligt.

Flügel und Pianinos,

grab- und kreuzsaitig, neuester Construction, in großer Auswahl zu den tollsten Preisen. Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen und sind auch stets gut repariert auf Lager. Ratenzahlung bewilligt.

C. Vieweg's Pianoforte-Fabrik, Breslau, Brüderstraße 10 a/b.

[5969]

Chamottesteine,

jedes gangbare Format in Kessel-, Schweiß-, Gypso- u. Stahlofen-Qualität mit entsprechendem

Chamottemörtel

und jedes gebräuchliche Format

Chamotteplatten,

auch in größeren Mengen sofort lieferbar, sowie

Chamotte-Façonsteine

nach Zeichnung in kürzester Lieferzeit, und

Trottoirplatten, Eisen- und Plasterplatten

[4839] empfiehlt in bekannter vorzüglicher Qualität

Graf Sauerma'sche

Chamotte- und Thonwaaren-Fabrik

zu Ruppertsdorf, Kr. Strehlen.

Niederlage in Breslau: Neue Tauentzienstr. Nr. 1.

Dampfmaschinen, eventuell mit Kessel, 1½, 3, 6, 10, 6, 8, 10, 12, 20 und 30 pferdig, sofort lieferbar.

[5698]

Güttler & Comp., Briegischdorf-Brieg.

= Fußboden-Glanzlaet =

v. großer Haltbarkeit, höchst Glanz, trocknet schnell u. hart

E. Stoermers Nachf. F. Hoffschmidt, Ohlauerstr. 24/25.

Garten-, Contor- u. Jagd-Galettes, à 1,40, 2 bis 4 Mr., Staubmantel in größter Auswahl, à 4,25 bis 7 Mr., Schul- und Turntuchanzüge für Knaben von 5—14 Jahren, à 4, 5, 5,50 bis 6 Mr.

[6189]

Von Anfang Mai ab praktiziere ich wieder in Bad Reinerz.  
Dr. Hilgers.

Vom 15. Mai ab praktiziere ich wieder in Bad Reinerz. [6466]  
Sanitätsrat

Dr. Zdralek.

Zurückgekehrt.

Dr. Landmann,  
[2401] Tauentzienstr. 4.

Privat-Impfung mit frischer humanitärer und kalberlymphä tgl. Nachmittags 3—4 Uhr.

Dr. Simm, Carlstraße Nr. 21, II.

Nachhilfe in Latein für einen Quintaner (Elisab.) verlangt. Off. n. Preisang. u. P. 30 Postamt 11.

Pension f. 1 Schüler (m. Nachb.) od. i. Mann Gartenstr. 37, hochpart.

Versenswerth!

Die Selbstbewahrung v. Dr. Kelau 3 M. Die Beichte d. Fürstin Pignatini 1 M. Die Hygiene der Flitterwochen 2 M. Die Nestallinen Berlins.... 3 M. Versand direct d. Herm. Schmidt, Berlin S.W., Plan-Ufer Nr. 26. Illustr. Cataloge gratis u. franco.

Ein Telephon (öffentl. Anschluß) ist sofort abzugeben. Anfr. unter Chiffre 2. 36 Exped. der Bresl. Btg.

Sammelbänder mit und Atlasrücken ohne alle Nr.

zu billigen Preisen nur bei

C. Friedmann, Goldene Radegasse 6 I.

Crème-Congressstoff, bes. schön appretiert f. Gardinen.

Breite 110 cm, Preis p. m. 35 Pf. Im St. v. ca. 50 m noch 10 Pf. billiger.

Gestreifte Muster für Stores, Bettdecken und Schürzen, m. 65 Pf., Marin 55 Pf., Camilla 85 Pf., bunt für Läufer, Gardinen etc.

1,20 M. [6036]

Hausehild'sches Häkelgarn, sowie neueste Häkelmuster in größter Auswahl. Congress-Proben frei.

Schaefer & Feiler, 50 Schneidnicherstraße 50.

Fener- u. diebstichere Geldschränke

bester Contr., großes Lager, empf. billigst unter Garantie

A. Gerth, Rosenthalerstr. 16.

Mücken-Feind!

Sicherster Schutz gegen Mücken u. andere lästige Insecten. Fl. 60 Pf. General-Versandt: Löwen-Apotheke, Berlin C., Jerusalemerstraße 16.

Gebirgs-Waldlust, Sommerische Lommitz bei Wüstegiersdorf. [2429]

Wohnungsanfragen mit Marke an Fr. M. Knopp.

Sie erhalten sofort, also noch zum Pfingstfest

reiche Heiratsvorschläge!

Unter der denkbaren erhalten Damen u. Herren

für reiche Heiratsvorschläge in großer Auswahl. Porto 20 Pf. Für Damen freit. General-Anzeiger Berlin SW. 61.

Heirath ohne Geld!

Sehr gut sitzter alterer Witwer ohne Anhang, heiter, gesund u. häuslich, früher Rittergutsbesitzer, jetzt im Süden wohnhaft, sucht junge schöne Lebensgefährten von tadellosem Ruf u. sanfter Weiblichkeit. Photographicie u. nähere Verhältnisse unter H. 22726 an die Annonsen-Expedition von Haasestein S. Vogler, A.-G., Breslau, zur Weiterbeförderung.

Discretion heilig! Nicht Conveniens-Des zurück.

[2420]

Bekanntmachung.

In unser Genossenschafts-Register ist heut betreffend den

Vorschuss-Verein

Mittel-Schreibendorf,

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, zu Nr. 3 Spalte 4 eingetragen worden:

[6221]

An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitglieds Jäschke ist der Mühlenteicher Hirsch aus Kunern in den Vorstand eingetreten.

Strehlen, den 16. Mai 1890.

Königliches Amts-Gericht.

## A. Z. G.

Montag, den 19. Mai or., eröffneten wir Garten-Strasse No. 20

(Ecke Neue Schweidnitzerstr.)

eine Detail-Verkaufsstelle unserer Chocoladen- und Zuckerwaaren-Fabrik.

Unsere Fabrikate stellen sich in Bezug auf Güte und Preiswürdigkeit den vorzüglichsten inländischen Erzeugnissen würdig zur Seite, übertreffen aber alle ausländischen durch Reinheit und Billigkeit.

Wir ersuchen um den Zuspruch des geehrten Publikums.

[2366]

Actien-Zuckerfabrik Gräben bei Striegau (Abtheilung f. Chocoladen- u. Zuckerwaaren-Fabrikation).

## Stettiner Pferde-Lotterie.

Durch Uebernahme eines großen Theiles der Lotterie zu Berlin und die durch übernommene große Arbeit war es uns in diesem Jahre nicht möglich, die Namen der einzelnen Interessenten der Stettiner Pferde-Lotterie zu notiren.

[6241]

Wir befreien uns daher auf diesem Wege die Hauptgewinne bekannte zu geben.

Die ersten 10 Nummern gewannen je eine vollständig bespannte Equipage, die folgenden je ein Pferd.

59991. 60164. 111267. 117985. 121244. 143760. 161424. 165657. 192617. 195756. — 2298. 2442. 2675. 6145. 7091. 8759. 10946. 14322. 22175. 22946. 26859. 29499. 29564. 31786. 35845. 39902. 44884. 45208. 47505. 48070. 53008. 61008. 61979. 65584. 65901. 66830. 76281. 76666. 81330. 85680. 85796. 86623. 88272. 91868. 93170. 99438. 99536. 101488. 102733. 108848. 109831. 115077. 116325. 118517. 123095. 125413. 127123. 129958. 180337. 133813. 134914. 138309. 139161. 140598. 144581. 144823. 147360. 148155. 152997. 156003. 162265. 167517. 16922. 170359. 172093. 172865. 174634. 174910. 175069. 175889. 176333. 179521. 179582. 180600. 183759. 184120. 185661. 191112. 198185. 198726.

Amtliche Gewinnlisten sind gegen Einsendung von 20 Pf. in Briefmarken franco zu beziehen.

Die General-Debitore:

Rob. Th. Schröder,

Carl Heintze,

Berlin W.

Concoursverfahren.

In dem Concoursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Wolff

**JD** Junge gestoppte Gänse, Suppenhennen, Gänsefleisch, frischen Stettiner Hefte offerirt  
Honig, Alte Graupenstr. 17. [7089]

Jacobi's Touristen-Plaster (Galicyl-Kautschukheftplaster)  
Neu! gegen Hühnerungen, harte Haut.  
**Plaster.** In Rollen à 75 Pf. Erfolg garantiert.  
Man verlange Jacobi's Touristen-Plaster. [5904]

**Gasthaus- und Grundstücks-Verkauf.**  
Unter bei Hugoßütte, Kreis Tarnowitz, belegenes Gasthausgrundstück (Hyp.-Nr. 2 Lassowitz) beabsichtigen wir im Ganzen oder getheilt zu verkaufen. [2433]

Das arondierte Grundstück umfasst 6 ha 50 a 60 qm = ca. 25½ Morgen und besteht aus dem Gasthaus nebst Nebengebäuden, aus 2 Morgen Hof und Garten, 8½ Morgen Wiese u. 15 Morgen Acker; von letzterem eignen sich 5 Morgen, welche an 2 Straßen liegen, sehr gut zu Bauplänen. Karten über die Grundstücke können eingesehen werden:

1) in der Registratur des Centralbüros der Gesellschaft in Zabrze,  
2) bei dem Gastwirth Herrn Preiß in Hugoßütte.

Offeraten über einzelne Parzellen oder die gesamten Grundstücke sind bis zum 14. Juni an die Gesellschaft zu richten.

Zabrze, den 20. Mai 1890.

## Consolidirte Nedenhütte.

**Berdingung**  
des Neuaufrichts der äußeren Anschlussflächen des Central-Berwaltungsbüros am Oberschlesischen Bahnhof Nr. 21/23 und des Dienstwohngebäudes am Oberschlesischen Bahnhof Nr. 20 hierbei. Die Lieferungsbedingungen nebst dem Ausschreibungs-Berzeichnis liegen in unserem Geschäftszimmer 21 – Centralbahnhof – aus und sind auch von da gegen portofrei Einsendung von 1 M. 50 Pf. zu bezahlen. Gründungstermin der Angebote am 31. Mai 1890, Vormittags 11 Uhr.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Breslau, den 16. Mai 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt (Brieg-Vienna).

**Erweiterung der Werkstatt Breslau Oderthorbahnhof.**  
Die Lieferung von schwerelichten Fenstern für die Werkstatt Breslau Oderthorbahnhof, veranschlagt auf 5062 M., wird öffentlich ausgeschrieben. Die Ausschreibungs-Unterlagen sind für 1,00 M. von unserer Kanzlei (Empfangsgebäude des Oderthorbahnhofes) nicht portofrei zu beziehen, sowie nebst den Zeichnungen in unserem technischen Bureau einzusehen. Mit entsprechender Aufschrift vereinbarte Angebote sind bis Mittwoch, den 4. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr, einzureichen.

Zuschlagsfrist zwei Wochen.

Breslau, im Mai 1890.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt (Breslau-Tarnowitz).

**Breslau-Warschauer Eisenbahn.**  
Die Lieferung der für die Zeit vom 1. Juli 1890 bis dahin 1891 für die diesseitige Verwaltung erforderlichen Steinkohlen (doppelt gesiebte Würfelskohle) ungefähr 2000 Tonnen, soll öffentlich frei Eisenbahnwagen des vergeben werden. Verschlossen, mit entsprechender Aufschrift verfasste Angebote sind portofrei bis zum 14. Juni d. J., Nachm. 4 Uhr, an uns einzureichen, von wo auch die Lieferungsbedingungen gegen Einsendung von 50 Pf. bezogen werden können. [6219]

Dates, den 17. Mai 1890.

Direction.

**Mit wenig Geld**  
lässt sich viel verdienen. Jeder kann es leicht erreichen. Antwort gratis und franco. Briefe vertrauensvoll einsenden sub J. J. 40 an die Announces-Edition von Hermann Röder in Bitterfeld. [5846]

**Hypotheken.**  
Wir suchen zu 4–3¾ p.C. unbefindlich sichere Hypotheken. [6250] Gebr. Trouenfels, Freiburgerstr. 6.

**Gesucht**  
**W. 45—50,000**  
**I. Hypothek**  
bei guter Verzinsung auf eine neu erbaute Brauerei Oberschlesien sogleich oder per 1. Juli c. [2425]  
Näheres sub V. A. 205 durch Rudolf Moosse, Breslau.

**Rittergutsverkauf.**  
Ein Rittergut in der Provinz Posen, 3 Kilometer von Kreisstadt und Bahnhof, bis 1. Juli 1891 auch in Pacht, ist zu verkaufen. Das Gut ist 1800 Morgen groß, in hoher Cultur und guten Bauzustande. Zur Uebernahme sind mindestens 100 000 Mark erforderlich. Gefällige Auftragen an Rechtsanwalt und Notar Pallasko in Liegnitz. [2428]

**Zu verkaufen ein Nest-Gut** mit massiven Gebäuden, umfassend 68 Ar Gartenland, 5 Min. v. d. Bahn, 15 Min. v. d. Kreisstadt entfernt, wofolgend Gymnasium und mehrere andere Schulen, auch zu einer Fabrik-Anlage geeignet, für d. Preis v. 13 000 M. Anfr. erb. unter 99 K. postl. Brieg, Bez. Breslau.

**Stellen-Anerbieten**  
und **Gesuche.**  
Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

**Ein Wurstgeschäft**  
(Filiale) in sehr belebter Straße (Fabrikgegend) Breslaus, mehrere Jahre in Betrieb, ist wegen anderweitiger Unternehmungen sofort billig zu verkaufen. [7088]  
Offeraten unter H. 22 an die Exped. der Bresl. Btg.

Eine seit ca. 30 Jahren bestehende **Vorderhandlung** mit großer fester Kundshaft in einer schönen Stadt Schlesien, ist wegen Krankheit des Besitzers und anderer Unternehmungen wegen sehr preiswert zu verkaufen. Zur Uebern. 6–8000 M. erforderlich. Offeraten unter B. 101 beschr. die Exped. der Breslauer Zeitung. [6168]

## In Hamburg finden

tüchtige Maurer- und Zimmergesellen dauernde Arbeit bei 10 Stunden Arbeitszeit u. 60 Pf. Stundenlohn. [2430]

Näheres daselbst: Hohe Bleichen 31 P.

Ges. geb. Frl., i. Sprachkenntn. u. Mus. tücht. m. g. Zengn. erh. d. best. Stellen durch Fr. Friedlaender, Sonnenstr. 25.

Gepr. tüchtige Erzieherinnen und Kinderärztinnen empf. V. Marcus, Niemerzeile 23, II.

Junge Dame, geschäftskund., Buchführung geübt, sucht Stellung als [7100]

**Cassiererin** oder Buchhalterin. Off. G. A. 41 postl. Cosel.

Per 1. Juni oder Juli suche eine tüchtige, selbstständige [7106]

**Verkäuferin** der Putz-, Weiß- u. Woll-branchen. [2421]

V. Kronheim, Slogan.

Zum sofortigen Antritt oder ev. per 1. Juli er. suche ich einen tüchtigen jungen Mann als [7106]

**Verkäufer.** M. Laqueur, Neumarkt 16.

Für mein Tuch-, Leinen-, Mode-waren- und Confections-Gesch.

suche ich einen durchaus tüchtigen, selbstständigen [2381]

**Verkäufer u. Decorateur** per 1. Juli er.

J. Tockuss, Dels i. Schl.

Zum sofortigen Antritt oder ev. per 1. Juli er. suche ich einen tüchtigen jungen Mann als [7106]

**Cassiererin** oder Buchhalterin. Off. G. A. 41 postl. Cosel.

Per 1. Juni oder Juli suche eine tüchtige, selbstständige [7106]

**Verkäuferin** der Putz-, Weiß- u. Woll-branchen. [2421]

V. Kronheim, Slogan.

Zum baldigen Antritt suche ich einen älteren [6134]

**Destillateur.** A. Roth, Gleiwitz.

Destillateur, sucht per 1. Juni oder später anderweit Engagement.

Gest. Offeraten bitte an die Exped.

der Bresl. Btg. unter A. K. 32

zu richten. [7074]

Suche per 1. Juli einen jungen Mann, d. polnischen Sprache mächtig, für mein Manufaktur-, Herren- und Damen-Confections-Gesch.

Bewerber muss tüchtiger Verkäufer und Decorateur sein. Photographie unbedingt beizufügen. Gest. Offeraten bei unter D. e. 21469 Rudolf Moosse, Halle a. S. [2432]

Stellen suchende jeden Berufs placirt seit 1868 Reuter's Bureau, Dresden, Magistr. 6.

**Ein Buchhalter** mit schöner Handschrift findet per 1. Juli angenehme Stellung in einem Fabrikgeschäft. Offeraten erbeten unter P. 200 Exped. d. Bresl. Btg.

**Buchhalter** m. d. einf. sow. dopp. Buchführung vollst. vertraut, sucht, gef. a. la. Ref., per 1. Juli er. dauernd. Engagem. Gef. off. u. K. M. 568 a. d. Annonsen-Exped. u. Herm. Weiss, Liegnitz.

Ein älterer **Buchhalter**, gelernt Speccier, in Zuckersack u. Mühlen z. als solcher u. Cassirer tätig gewesen, auch Caution stellen kann, sucht per 1. Juli a. c. bei möglichen Ansprüchen Stellung.

Offeraten erbitten unter W. 37 an die Exped. der Bresl. Btg. [7104]

**Ein Commis,** der mit der Engros-Kundhaft umzugehen versteht, bei hohem Salair, und einen jüngeren

**Expedienten** fürs Detail-Geschäft.

Beide müssen gute Empfehlungen besitzen und polnisch sprechen.

Offeraten werden unter C. 100 postlagernd Gleiwitz entgegengen.

Für ein Stabeisen- und Eisenkunzwaren-Geschäft wird per 1. Juli er. ein mit der Branche durchaus vertrauter, der polnischen Sprache mächtiger [6177]

**Commis,** christliche Religion, gesucht.

Briefe unter A. Z. 185 an die Exped. der Bresl. Btg. erbeten.

Für mein Manufactur-Geschäft en gros sucht ich zum 1. Juli er.

einen **Commis.** H. Domrowsky, Beuthen Os. [7019]

Ich suche einen

**Commis** für mein Galanterie-, Kurz- und Spielwaren-Engros- u. Detail-Geschäft per 1. Juli. [6239]

S. Goldmann, Brieg. [6144]

Einen mit der Band-, Weiß- u. Posamentierwaren-Branche vertrauten, tüchtigen, selbstständig.

**Berkauf** sucht zum Antritt per 1. Juli d. S. H. Langer, Gleiwitz. [6926]

Vermietungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

**Kronprinzenstraße 51** sind herrschaftl. freundl. Wohn. 4 u. 5 Zimm., mit Balkon, Badezimmer, vieltem hellen Beiglas und Gartenbenutzung zu verm. Näheres Auskunft im Parterre von 10 bis 1 Uhr und 3 bis 7 Nachmittags. [6926]

## Das Villengrundstück Nendorffstraße 41

(vollständig neu renoviert), enthaltend 6 Zimmer, Badecabinet, Gastrimmer, Veranda mit schönem Garten, Stallung, Wagenremise rc. soll sofort oder per 1. Juli er. vermietet werden. Näheres durch Kaufm. Schmiedeck, Gartenstraße 30E. [7093]

**Heinrichstraße 21/23,** am Matthiasplatz, ist in der 1. Etage eine Wohnung per 1. Juli zu vermieten. Näheres b. W. Tänzer. [6884]

## Ein Laden

event. mit Remisen, beste Lage für Engros-Geschäft, zu verm.

Offert. sub H. 22668 an Haasestein & Vogler, A.-G., Breslau. [2392]

## Meine Geschäftsräume Neuschestraße 66,

Parterre u. 1. Etage, sind im Ganzen event. auch getheilt zu vermieten. J. E. Lewy.

## Gesucht

eine Garçonwohnung im guter Gegend. Offeraten unter Chiiffre G. C. 35 Exped. der Bresl. Btg. erb.

**Königstr. 7, II.** ist eine schöne Wohnung per Juli, ev. früher zu vermieten, 4 Zimmer, Bad, helle Küche rc. Näheres daselbst.

**110, 160 Thlr.** Wohnungen m. Gartenbenutzung zu verm. Vorwerksstraße 74.

**Freiburgerstr. 42** 1. Etage, hochherrschaftliche Wohnung, 8 Zim., Erker, m. vielem Beiglas u. großem Garten per October zu vermieten.

**Ehsserstraße 11a** ist wegen Wegzug von Breslau die herrschaftliche 11. Etage, bestehend aus 4 zweiflügeligen gr. Zimmern, (Balcon) Mädch- und Badestube, Speisefammer rc., gegen Bergitung der örtlichen Umzugsosten, zum 1. Juli zu vermieten. [5891]

Nähere Auskunft daselbst oder bei Herrn Hof-Photograph Raschkow, Ehsserstraße 62.

**In Oppeln,** beste Geschäftsfrage, am Ringe, ist ein großer [2335]

**Laden** mit breitem Schaufenster, für ein Weißwaren-Geschäft sich besonders eignend, nebst Wohnung per 1. Juli er. zu vermieten.

Offeraten unter M. 95 an Rudolf Moosse in Breslau.

**In Rawitsch,** Hauptstraße, beste Lage, ist ein schöner Laden

mit großem Schaufenster und darunter befindender Wohnung, außer Colonialwaren zu jedem anderen Geschäft geeignet, per bald oder später zu vermieten. [6126]

Anfragen unter A. B. 3 postlagernd Rawitsch.

**Die Villa "Valeerie" in Bad Johannishbad, ganz möbliert, ist für die Saison 1890 zu vermieten.**

Dieselbe ist aus Stein solid gebaut, einfädig, enthält 4 Zimmer, Küche, 2 Dienstboten-Zimmer, 2 Water-Closets, geschlossene Veranda, schön gepflegten Garten mit herrlicher Aussicht, und ist besonders geeignet zum Bewohnen für eine Familie. [6592]

Auskunft beim Eigentümer Alois Haase in Trautenau.

Telegraphische Witterungsberichte vom 21. Mai.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.

Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort. Bar. n. 0 Gr. u. d. Meeres-niveau redut. in Millen. Temperat. in Celsius-Gradein.

Wind. Wind. Wetter. Bemerkungen.

Mullaghmore... 756 10 SO 4 bedeckt.

Aberdeen.... 760 11 SSO 5 heiter.

Christiansund... 763 14 WSW 4 Regen.

Kopenhagen... 763 15 N 2 wolzig.

Stockholm... 764 20 W 2 heiter.

Haparanda... 758 9 SSW 2 wolken